

Inhalt

I.	Einleitung	4
II.	Die Grundlagen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	7
	A. Einleitung	7
	B. Entwicklungen seit dem europäischen Gipfel von Helsinki.....	8
	C. Die US-amerikanische Position.....	9
	D. Komplementäre Entwicklung von NATO und EU	10
	1. Forderungen nach Kapazitätsausbau.....	10
	2. Arbeitsteilung im Bündnis?.....	11
	E. Autonome Entscheidungen.....	11
	F. Konsultationsmechanismen.....	12
	1. Kanadische Interessen.....	13
	2. Zur Rolle der drei neuen Mitglieder.....	13
	3. Die besondere Rolle der Türkei.....	13
	G. Parlamentarische Kontrolle der ESVP	14
III.	NATO-Erweiterung	15
	A. Fazit der ersten Runde und Bedarf institutioneller Reformen.....	16
	B. Optionen für die Gestaltung des Erweiterungsprozesses	17
	1. Große Erweiterungsrunde („big bang“).....	17
	2. Kleine Erweiterungsrunde	17
	3. Mittlere Erweiterungsrunde.....	18
	C. NATO-Erweiterung und die Beziehungen zu Russland.....	19
	1. Aufnahme baltischer Staaten: “Einer für alle” oder alle gemeinsam?	20
	2. Kaliningrad: Bürde oder Chance?.....	22
	D. Beziehung zwischen NATO und EU-Erweiterung	22
	E. Zum Stand der Diskussion im Bündnis.....	24
IV.	Entwicklungen in Südosteuropa.....	24
	A. Die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ).....	25
	B. Die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (EJRM).....	27
	C. Kosovo.....	30
	D. Montenegro.....	31
V.	Schlussfolgerungen.....	32

1. Zur Entwicklung der ESVP.....	32
2. Zu den Perspektiven einer NATO-Erweiterung.....	32
3. Zu den Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage in Südosteuropa.....	33

I. Einleitung

1. Transatlantische Partnerschaft und der europäische Integrationsprozess bilden seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die Grundlagen von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Und sie haben dazu beigetragen, die Teilung des Kontinents zu überwinden.

2. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die klare gemeinsame Bedrohung durch ein gegnerisches Bündnis bzw. die UdSSR weggefallen. Viele Regionalkonflikte und die Bedrohung der Stabilität durch wirtschaftliche, ökologische und andere Faktoren bestimmen seitdem die sicherheitspolitische Agenda des Bündnisses. Dabei treten im Einzelfall immer wieder unterschiedliche Bewertungen und auch Interessenkonflikte zu Tage.

3. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts befindet sich das transatlantische Verhältnis in einer Umbruchphase. Zwei einschneidende Veränderungen treiben diese Entwicklung voran: Die bipolare Struktur des internationalen Systems hat sich aufgelöst. Mit der „Charta von Paris“ haben sich die Staaten der KSZE zu den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und einer europäischen Sicherheitsordnung bekannt. Der Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion und der ideologischen Konfrontation hat die Abhängigkeit der europäischen Partner faktisch und psychologisch verringert. Aber die kriegerischen Auseinandersetzungen in Südosteuropa haben gezeigt, dass Sicherheit und Stabilität in Europa noch immer essentiell auf das Engagement der transatlantischen Partner USA und Kanada angewiesen sind. Dort war die NATO zum ersten Mal zu militärischem Handeln gezwungen - nicht im klassischen Verteidigungsfall, sondern bei der Bewältigung regionaler Konflikte. Sicherheitspolitische Herausforderungen kommen heute eher von innen als von außen.

4. Gleichzeitig verändern Technologien unsere Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend. Internet und „New Economy“ eröffnen uns neue Chancen und konfrontieren uns mit Herausforderungen. Die Prozesse der Globalisierung von Kommunikation und Wirtschaftsweise relativieren staatliche Grenzen, untergraben die Schutzfunktionen des Staates. Die engere Verflechtung führt zu mehr Berührungspunkten – zur Bildung globaler Netzwerke von Unternehmen, NGO's, Wissenschaftlern etc. -, aber zugleich wachsen die Reibungsflächen. Die zunehmende Kommunikation legt auch kulturelle und Wertedifferenzen sowie unterschiedliche Interessen offen.

5. Die USA sind die einzige verbliebene Weltmacht. Nur sie sind zu dauerhafter Projektion militärischer Macht in der Lage. Aber das ist es nicht allein. Ihre globale Rolle gründet sich auf der historisch einzigartigen Kombination von wirtschaftlicher Stärke, weltweiter Führung bei kulturellen und wissenschaftlichen Standards sowie militärischer Stärke. Sie sind deshalb eher als jeder andere Staat fähig, eigene Vorstellungen als internationale Normen durchzusetzen.

6. Die Staaten der Europäischen Union (EU) vereinigen eine große Wirtschaftskraft, aber als politischer oder auch nur wirtschaftspolitischer Akteur sind sie kaum in Erscheinung getreten. Nun will die EU stärker zu gemeinsamem Handeln in der Weltpolitik fähig werden. Auch wenn in den letzten zwei Jahren die militärische Dimension die Debatten beherrscht haben mag, liegt das eigentliche Potential der EU in der Wirtschafts-, Währungs-, Handels- und Entwicklungspolitik. Hier kann sie den USA und Kanada als gleichwertiger Partner gegenüberreten.

7. In der WTO verfolgen Europa und die USA unterschiedliche Prioritäten bei der Initiierung einer neuen Verhandlungsrunde, je nachdem in welchen Sektoren sie im Hinblick auf die

Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft und das größte Marktpotential sehen. Es besteht jedoch ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung und Stärkung des Regelwerkes für die Lösung von Konflikten auf dem Weltmarkt.

8. In Währungsfragen besteht ein gemeinsames Interesse an der Stabilität des internationalen Währungssystems. Das gilt auch im Hinblick auf den Reformbedarf bei den Institutionen von Bretton-Woods – Weltbank und IWF – die es besser für den Umgang mit internationalem Krisenmanagement zu rüsten gilt. Die EU ist aufgefordert, dazu eine gemeinsame Position zu definieren.

9. In dieser Umbruchsphase sehen viele die transatlantischen Beziehungen an einer Wegscheide, reden von mangelndem Verständnis füreinander und fürchten gar eine wachsende Kluft zwischen den Partnern. Reizworte wie „genmanipulierte Lebensmittel“, „hormonbehandeltes Fleisch“, „Stahl“, „Airbussubventionen“, „hush kits“, „Neonazis im Internet“, „Datenschutz“, „Scientology“, „Kindesentführungen“, „Todesstrafe“, und „amerikanischer Unilateralismus“ bestimmen das Bild in den Medien und erregen die Öffentlichkeit und die Politik. Aus Sicht des Berichtstatters stellen diese Konflikte die transatlantische Wertegemeinschaft nicht in Frage und überwiegen auch nicht unsere gemeinsamen Interessen. Sie sind eine Folge der engeren Verflechtung der transatlantischen Beziehungen, die einen quasi innenpolitischen Charakter annehmen. Die Werte, auf die wir uns stützen, sind die gleichen, aber die Interpretationen bzw. die Wege zu ihrer Durchsetzung unterscheiden sich sehr wohl. Selbstverständlich gibt es hier auch erhebliche Differenzen zwischen den europäischen Partnern. Sie gilt es genau zu analysieren, um besser mit ihnen umgehen zu können.

10. Das Recht auf Leben gilt auf beiden Seiten des Atlantiks als schützenswertes Gut. In Europa wird es als anderen Rechten zugrundeliegendes absolutes Menschenrecht anerkannt, das keine staatlichen Eingriffe duldet. Daher haben alle Mitglieder des Europarates die Todesstrafe abgeschafft. In vielen Staaten der USA spielt dagegen die Pflicht des Staates zum Schutz von Bürgern und Eigentum vor kriminellen Übergriffen eine so große Rolle, dass Eingriffe in das Recht auf Leben toleriert werden. Zur Rechtfertigung der Todesstrafe werden die Vergeltung von Mord und die Abschreckung von schwersten Delikten angeführt. Darüber wird aber auch in den USA eine kontroverse Debatte geführt.

11. Da diese Konflikte eine große Rolle auf der transatlantischen Agenda spielen, sei auch auf ein Beispiel aus dem Handelsbereich verwiesen: In genmanipulierten Lebensmitteln sehen die USA eine Chance, ausreichend Nahrung für alle Menschen zu produzieren. Sie überlassen den Konsumenten die Entscheidung, ob diese Produkte sich am Markt durchsetzen. In Europa steht – nicht zuletzt unter dem Eindruck der BSE-Krise – der Schutz des Verbrauchers durch den Staat im Vordergrund. Aus Sicht vieler Amerikaner geht die europäische Ablehnung von genmanipulierten Produkten jedoch weit darüber hinaus und steht für technologiefeindliche Tendenzen und protektionistische Bestrebungen in der EU.

12. Aber jenseits der konkreten Streitfragen deuten sich auch Divergenzen im transatlantischen Verhältnis an, die grundsätzlich das Verfahren zur Regelung der internationalen Beziehungen berühren. Auf europäischer Seite – und in Kanada – gibt es eine klare Präferenz, globale Probleme – von ökonomischer Instabilität über Migrationsströme bis hin zu Sicherheitsfragen – durch den Ausbau internationalen Rechts zu lösen. Dieses ist nicht nur eine Folge der positiven Erfahrungen mit der EU-Integration, sondern entspricht der Einschätzung, das die Einbeziehung einer größtmöglichen Zahl von Staaten am ehesten geeignet ist, eine effektive Lösung für derartige Probleme zu finden. Während die USA unter Präsident Roosevelt maßgeblich am Aufbau globaler Institutionen mitgewirkt haben, wächst heute, insbesondere im Kongreß, die Skepsis gegenüber der Wirksamkeit internationaler

Verordnungssysteme im allgemeinen und Rüstungskontrollabkommen im besonderen. Teile des Kongresses fordern, daß sich die USA selektiv an der internationalen Rechtssetzung beteiligen soll. Die USA sollen versuchen, maximalen Einfluß auf die Gestaltung internationaler Abkommen auszuüben, sich aber nur dann den Regeln unterwerfen, wenn es im eigenen Interesse erscheint. Diese Haltung findet in der aktuellen Diskussion über eine einseitige Kündigung des ABM-Vertrages im Zusammenhang mit der Errichtung einer Raketenabwehr ebenso ihren Ausdruck wie bei der Ablehnung der Landminenkonvention von Ottawa 1997, des Atomteststoppvertrages (Comprehensive Test-Ban Treaty - CTBT) 1998, einer Kleinwaffenkonvention und eines Verifikationsprotokolls zur Biowaffen-Konvention 2001, des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz, bei der Verhängung von extraterritorialen Wirtschaftssanktionen, des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) oder beim Zurückhalten von UN-Beiträgen. Derzeit scheinen sich die USA einen solchen "Internationalismus à la carte" leisten zu können. Weil sie eine so herausragende Stellung in der Welt einnehmen, lassen andere Staaten die USA bei der Gestaltung von Regelwerken mitwirken, auch wenn sie sich diesen nicht selbst unterwerfen. Das muß nicht immer so sein.

13. Welche Folgen hätte es, wenn sich bei vielen anderen Staaten eine solche Haltung durchsetzen würde? Die Alternative zu einem auf Normen basierenden internationalen System wäre eine Welt ohne Regeln, ohne Transparenz bzw. Verifikation und ohne Schranken für alle – noch nicht einmal die des politischen Anstandes. Einseitige Maßnahmen – wie die von Präsident Bush vorgeschlagene Reduktion der strategischen Atomwaffen von USA und Rußland – können die Lücke nur zum Teil schließen. Sie sind weniger bindend und weniger dauerhaft als internationale Abkommen. Denn es bleibt für alle Seiten die Unsicherheit bestehen, daß die Konzessionen von heute morgen aufgekündigt werden, wenn andere Umstände es geboten erscheinen lassen.

14. Diese Konflikte weisen darauf hin, dass es eines engen Kontakts zwischen den transatlantischen Partnern bedarf, um Missverständnisse zu vermeiden. Da die Kontakte auf der Regierungsebene relativ eng sind, bedarf es des Ausbaus der Kontakte auf parlamentarischer Ebene und zwischen Meinungsführern. Dazu kann die NATO PV einen wichtigen Beitrag leisten. Neben den Plenartagungen sollen in Zukunft jährlich Konferenzen stattfinden, auf denen transatlantische Fragen im größeren Kreis diskutiert werden. Den Auftakt bildet ein Konferenz, die in Zusammenarbeit mit der National Defence University am 3.-4. Dezember 2001 in Washington veranstaltet wird.

15. Den Schwerpunkt dieses Berichts bilden jedoch drei sicherheitspolitische Fragen, welche die Agenda der transatlantische Beziehungen in diesem und im kommenden Jahr bestimmen dürften: Die Ausgestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP/ESVI), die Erweiterung des Bündnisses und die Stabilisierung Südosteuropas. Auch die US-amerikanischen Pläne zum Bau eines Raketenabwehrsystems (MD) stellen eine zentrale Streitfrage in den transatlantischen Beziehungen dar. Die Diskussion dieser Frage entfällt in dieser Aktualisierung, weil vieles darauf hindeutete, daß sich mit Beginn der Konsultationen im Mai bis zum Herbst 2001 wenig neue Gesichtspunkte in der Haltung der USA und der Verbündeten ergeben würden. Eine positive Entwicklung stellt die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffenpotentiale und Fragen der Raketenabwehr dar, welche die Präsidenten Bush und Putin am Rande des Gipfels der G-8 im Juli 2001 in Genua beschlossen haben. Aber auch diese Verhandlungen dürften sich noch länger hinziehen, bevor konkrete Vereinbarungen absehbar werden.

16. Das Verhältnis zu Russland ist von zentraler Bedeutung für den Erhalt der Sicherheit in Europa. Beide Seiten haben ein gemeinsames Interesse an der internationalen Einbindung Russlands und der Förderung der Reformprozesse, auch wenn sich die Perspektive leicht

unterscheiden mag. Während für die USA das strategische Verhältnis und Fragen der Rüstungskontrolle im Vordergrund stehen, sind die europäischen Staaten an friedlicher Nachbarschaft und Kooperation auf dem europäischen Kontinent interessiert. Dabei spielt die innere Stabilität und Entwicklung Russlands eine größere Rolle. Da das Verhältnis zu Russland aber nicht bestimmend für die transatlantischen Beziehungen ist, werden die Beziehungen zu Russland nur im Zusammenhang mit den Diskussionen über die NATO-Erweiterung thematisiert.

17. Es ist nicht der Anspruch, die drei zentralen Themen im Detail zu erörtern, da sie auch Gegenstand der Berichte der beiden Unterausschüsse des Politischen Ausschusses sowie im Falle von ESVP/ES VI eines Berichts im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit sind. Dieser Bericht wird sich darauf konzentrieren, die unterschiedlichen Perspektiven der Bündnispartner aufzuzeigen und zu diskutieren, welche Bedeutung die Themen für die Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses haben.

18. Bei ESVP steht die Frage im Zentrum, wie die Ziele der ESVP in den USA und durch die anderen nicht der EU angehörenden Partner wahrgenommen werden. Und wie lassen sich Beziehungen zwischen NATO und EU gestalten, um unnötige Doppelstrukturen zu vermeiden und eine komplementäre Entwicklung der beiden Organisationen zu bewirken?

19. Im Hinblick auf die anstehenden Entscheidungen zur NATO-Erweiterung geht es zunächst um die Bewertung der Ergebnisse der ersten Erweiterungsrunde und die Frage, welche Bedeutung die Mitglieder einer Fortsetzung des Integrationsprozesses beimessen. Welche strategischen Prioritäten werden bei der weiteren Öffnung des Bündnisses gesehen, um die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Allianz zu stärken? Lässt sich in dieser Frage möglicherweise leichter ein Konsens unter den Mitgliedern herstellen als bei anderen Themen?

20. Die Konflikte in Südosteuropa stellen die zentrale Herausforderung für die gemeinsamen Bemühungen um Sicherheit und Stabilität in Europa dar. Nach der Entschärfung der Lage in Südserbien stellt die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien* den nächsten Testfall für das Zusammenwirken von NATO und EU dar. Die Koordination scheint gut zu funktionieren. Aber reicht das, um beide Parteien zum Einlenken auf eine friedliche Streitbeilegung zu bewegen? Müssen sich die NATO-Mitglieder nicht vielmehr fragen, ob sie nach den früheren Erfahrungen in der Region rechtzeitig und massiv genug auf die Eskalation in Mazedonien reagiert haben? Wie realistisch ist die am 20. Juni 2001 angebotene Mission zur Überwachung der Entwaffnung der UCK-Kämpfer? Was sagt ihr Zustandekommen über die Verfahren der NATO aus? Steht eine ungeschminkte Lageanalyse am Anfang der Planungen oder wird der Blick auf konsensfähige Optionen verengt? Was bedeutet das für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses und den Beitrag, welchen es zur Lösung von regionalen Konflikten auch jenseits der Stabilisierungsbemühungen in Südosteuropa leisten kann?

II. Die Grundlagen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

A. Einleitung

21. Die seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 laufenden Bemühungen der Europäischen Union um die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sind Teil einer Verstärkung des europäischen Integrationsprozesses in den 90er Jahren. Wie

* Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien zunter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

aus dem Binnenmarktprojekt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion hervorgegangen ist, so bildet die Außen- und Sicherheitspolitik ein zentrales Element auf dem Weg zur Politischen Union. Ein erster Anlauf zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft war 1954 gescheitert. Der forcierte Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und ihre Ergänzung um die ESVP geschieht vor dem Hintergrund des europäischen Versagens beim Bemühen um die Lösung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. Eine neue Dynamik hat sich nach dem britisch-französischen Gipfel von St. Malo entfaltet, als Großbritannien seine Vorbehalte gegenüber der ESVP aufgab. Dazu hat auch der Kosovo-Konflikt beigetragen, als sich die technologische Kapazitätslücke zwischen den europäischen und amerikanischen Verbündeten offenbarte. Die USA trugen den Löwenanteil der militärischen Lasten und bestimmten daher auch weitgehend die operativen Entscheidungen.

22. Seit dem Kölner EU-Gipfel 1999 ist der Wille zu gemeinsamem Handeln stärker ausgeprägt und die politische Kohäsion der EU gewachsen. Sie hat damit begonnen, sich die Instrumente und Kapazitäten zur Umsetzung gemeinsamer Politiken in den Bereichen Krisenmanagement und Prävention zu schaffen. Die EU will damit auch in solchen Fällen handlungsfähig sein, wenn die NATO einmal nicht in Aktion tritt. Die EU beschränkt sich im militärischen Bereich auf die sogenannten „Petersberg- Aufgaben“: humanitäre und „search-and rescue“-, sowie friedenserhaltende („peace-keeping operations“) und friedensschaffende Operationen („peace-making operations“). Für die kollektive Verteidigung soll auch weiterhin die NATO allein verantwortlich sein. Bislang ungeklärt ist die Frage, in welchem Rahmen der europäische Diskurs über sicherheitspolitische Fragen jenseits der Petersberger Aufgaben stattfinden soll. Wenn die EU als gemeinsam handelndes Subjekt eine globale Perspektive entwickeln und Verantwortung übernehmen will, muß sie sich auch diesen Fragen stellen.

23. Mit der Entwicklung der ESVP verbindet sich die große Chance, mit einem integrierten Ansatz auf regionale Krisen zu reagieren. Die EU ist bislang eine rein zivile Organisation. Bisher hat sie allein mit ihrer Finanz-, Handels- und Entwicklungspolitik (55 % der offiziellen Entwicklungshilfe weltweit) der Eskalation von Krisen entgegenwirken oder zum zivilen Wiederaufbau einer kriegszerstörten Gesellschaft beitragen können. Jetzt treten militärische und andere zivile Instrumente hinzu, so dass sie in jeder Phase eines Konfliktes auf ein adäquates Mittel zurückgreifen kann, um eine Eskalation zu verhindern oder sie zu bremsen. Dazu bedarf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht nur zusätzlicher Kapazitäten, sondern auch einer konzeptionellen Neuausrichtung und Koordinierung der vorhandenen und der neuen Instrumente. Bislang gibt es keine internationale Organisation, die so unterschiedliche Kompetenzen unter einem Dach vereinigt. Wenn die EU Erfolg hat, kann sie auf Krisen differenziert reagieren, ohne auf die Kapazitäten zahlreicher anderer Organisationen angewiesen zu sein. Das verringert die Koordinationsprobleme und verhindert – bei kohärentem Handeln - widersprüchliche Signale der einzelnen Akteure.

B. Die Entwicklungen seit dem Gipfel von Helsinki

24. Auf dem Gipfel in Helsinki hat die EU im Dezember 1999 zwei wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen. Zum einen wurde die Errichtung eigenständiger Interims-Gremien beschlossen, die für die Planung und Führung des Krisenmanagements zuständig sind. Die Strukturen eines Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK), eines Militärausschusses, eines Militärstabes sowie einer Planungs- und Analyseeinheit beim Hohen Repräsentanten für die GASP, Solana, spiegeln weitgehend Institutionen der NATO wider. Das ermöglicht es grundsätzlich, Entscheidungen in enger Zusammenarbeit mit der NATO oder eigenständig zu treffen. Größere öffentliche Aufmerksamkeit hat die zweite

Entscheidung erhalten. Die EU legte sich mit den „European Headline Goals“ darauf fest, bis zum Jahr 2003 zusätzliche militärische Kapazitäten zu schaffen. Dann sollen mobile Einsatzkräfte im Umfang von 50.-60.000 Soldaten, die binnen 60 Tagen verlegbar und zu Operationen über einen Zeitraum von mindestens 1 Jahr fähig sind, zur Verfügung stehen. Mit den nötigen Reserven bedeutet dies einen Umfang von etwa 150.000 Soldaten.

25. Bis zum Gipfel von Feira im Juni 2000 wurden dann auch die seit der finnischen Präsidentschaft vorliegenden Pläne zum Ausbau der zivilen Dimension vorangetrieben. Die EU richtete einen Interims-Ausschuss für ziviles Krisenmanagement ein und beschloss auch im zivilen Bereich ein erstes konkretes „Headline Goal“. Angesichts der Probleme bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit im Kosovo sollen bis zum Jahr 2003 5.000 Polizisten für internationale Missionen bereit stehen, von denen 1.000 innerhalb von 30 Tagen einsetzbar sein sollen. Von April bis Oktober 2000 hat das Eurokorps die Führung der KFOR übernommen und damit einen ersten Test europäischer Führungs- (Command and Control)-Kapazitäten - mit etwas Glück - ohne große Komplikationen bestanden.

26. Mit dem Gipfel von Nizza wurde der Aufbau permanenter Entscheidungsstrukturen abgeschlossen. Vorher hatten die Mitgliedstaaten und EU-Partner auf der Streitkräftebeitragskonferenz („Capabilities Pledging Conference“) am 20. November 2000 erklärt, welche Beiträge sie jeweils zur Erfüllung der militärischen „Headline Goals“ leisten werden. Bislang wurden 100. 000 Soldaten zusammen mit 400 Flugzeugen und 100 Schiffen zugesagt; eine zweite Beitragskonferenz ist in Vorbereitung. Ebenso beschloss die EU, die verbliebenen operativen Kapazitäten der WEU zu übernehmen und dafür zwei EU-Agenturen zu bilden: für das Satellitenzentrum in Torrejon und das Institut für Sicherheitsstudien in Paris. Letzteres soll sich in Zukunft auch verstärkt mit der transatlantischen Kooperation befassen. Als Ergebnis der seit dem Kölner Gipfel von der EU betriebenen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen NATO und EU wurde ein konkreter Vorschlag verabschiedet, der jedoch auf dem folgenden Ministerrat („Ministerial Meeting“) der NATO nicht angenommen wurde.

27. Bis zum Gipfel in Göteborg wurden unter schwedischer Präsidentschaft große Fortschritte beim Ausbau der Kapazitäten zu zivilem Krisenmanagement erzielt. Bei einer Konferenz im Mai zeigte sich, daß die EU das Soll bei Polizeikräften übererfüllen dürfte. Eine förmliche Beitragskonferenz wird im Herbst 2001 stattfinden, damit auch im zivilen Bereich bis Jahresende der Status der Einsatzfähigkeit erreicht werden kann. Weitere Ziele zur Unterstützung von Wiederaufbauprogrammen wurden im Juni 2001 vereinbart: 2.000 Experten für Katastrophenschutz, 200 Rechtsexperten und ein Personalpool für zivile Verwaltungsexperten soll bis 2003 bereit stehen.

C. Die US-amerikanische Position

28. Mit ihren Bemühungen, größere Verantwortung in sicherheitspolitischen Fragen zu übernehmen, entspricht die EU den jahrzehntelangen Forderungen, nicht zuletzt des US-Kongresses nach einer „gerechteren Lastenteilung“ in der Allianz (s. dazu im einzelnen den Bericht im Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit). Trotzdem waren die amerikanischen Reaktionen auf das neue europäische Selbstbewusstsein ambivalent. Das Ziel, zusätzliche militärische Kapazitäten zu schaffen, wird als Beitrag zur Stärkung der NATO begrüßt.¹ Probleme hat man dagegen mit der Perspektive, die EU könne mit größeren

¹ American Institute for Contemporary German Studies, Germany and the United States: Considerations for the New Administration, Washington: AICGS, 2001, www.aicgs.org, S. 5-7

Kapazitäten auch den Anspruch auf größeren Einfluss auf die politischen und operativen Entscheidungen im Bündnis verbinden. Wenn die EU den Worten Taten folgen lässt, wäre die Verschiebung der Gewichte in der Allianz eine unweigerliche Folge.² Es ist eine offene Frage, ob die USA bereit wären, ihre Führungsrolle gegen eine echte Partnerschaft einzutauschen.

29. Die Clinton-Administration schien sich bis Ende 2000 im Zuge der intensiven Auseinandersetzungen über die ESVP an diesen Gedanken allmählich zu gewöhnen. Nach dem Wechsel der Administration hat der Verständigungsprozeß von Neuem begonnen. Bei seiner ersten Europareise im Juni 2001 hat US-Präsident Bush auch den EU-Gipfel in Göteborg besucht und seine grundsätzliche Unterstützung für den Ausbau der ESVP signalisiert. Dies deutet darauf hin, daß in dieser Frage Kontinuität angesagt ist und die Bush-Administration allmählich Zutrauen zu den Absichten und Zielen der europäischen Partner zu fassen beginnt.

D. Komplementäre Entwicklung von NATO und EU

30. Die EU hat von Anfang an eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU gesucht. Eine überflüssige Duplizierung von Kapazitäten wäre ein echtes Problem. Schon aus finanziellen Gründen haben die 11 Staaten, die beiden Organisationen angehören, kein Interesse daran. Es würde über ihre Kräfte gehen. Daher war von Anfang an der Rückgriff auf NATO-Ressourcen und enge Konsultationen über sicherheitspolitische Fragen vorgesehen. Die EU hat frühzeitig signalisiert, dass sie den Aufbau von Institutionen auf das für eigenständiges Handeln nötige Minimum beschränken will. Neben den drei oben genannten Ausschüssen umfasst dies auch einen Europäischen Militärstab (EuMS). Dieser stößt auf besondere Skepsis. Der EuMS besteht seit dem 11. Juni 2001 als permanentes Gremium und wird im Endstadium ungefähr 135 Mitarbeiter umfassen. Das entspricht der Hälfte des Umfangs des Internationalen Militärstabes (IMS) der NATO. Die Aufgaben des EuMS beschränken sich auf die Entscheidungsvorbereitung und die Bestimmung strategischer Planungsvorgaben. Es ist weder an eine eigene Streitkräfteplanung noch an einen umfangreichen Apparat für operative Planungen gedacht. Stattdessen möchte die EU sich dazu der bewährten NATO-Strukturen bedienen und ist deshalb auf „garantierten Zugang“ („assured access“) zu NATO-Planungskapazitäten angewiesen.

31. Die im Rahmen der „European headline goals“ vorgesehenen mobilen Einsatzkräfte sollen „doppelt assigniert“ werden, also für Operationen von EU und NATO bereit stehen. Sie dienen damit auch der Erfüllung der Ziele der „Verteidigungsfähigkeitsinitiative“ („Defense Capabilities Initiative“ - DCI) der NATO, die in diesem Bereich insgesamt ein Potential von 400.000 Soldaten anstrebt.

1. Forderungen nach Kapazitätsausbau

32. Viele in den USA – und auch in Europa – bezweifeln, dass die EU in der Lage sein wird, auch nur diese neuen Kapazitäten aufzubauen. Sie fordern eine Erhöhung der Verteidigungsetats, um die Glaubwürdigkeit der Bemühungen unter Beweis zu stellen. Die restriktive Fiskalpolitik der meisten EU-Mitgliedstaaten dürfte kurzfristig nur begrenzte Steigerungen der Budgets zulassen. Eine Betrachtung, die allein auf Haushaltszahlen sieht, greift aber auch zu kurz. Letztendlich geht es um die Stärkung der tatsächlichen Fähigkeiten. Wenn die EU-Mitglieder 60 % der amerikanischen Mittel für Verteidigung ausgeben, und

² Rand-Report, 13. 11. 2000, James Thomson, S. 26f.

angeblich nur über 10 % der Leistungsfähigkeit von US-Streitkräften verfügen, bestehen in Europa auch im Rahmen der bisherigen Ausgaben noch erhebliche Steigerungsmöglichkeiten. So eröffnet die ESVP die Chance, durch Spezialisierung und gemeinsame Beschaffungsvorhaben Ressourcen zu bündeln und effizienter einzusetzen.

33. Hinter der Forderung nach größeren finanziellen Aufwendungen steht durchaus der Wunsch, die EU möge eine größere Verantwortung für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent übernehmen und ggf. Beiträge zu friedenserhaltenden Missionen und Krisenmanagement außerhalb Europas leisten. Vieles deutet darauf hin, dass ein stärkerer Einsatz der EU im Grunde sogar die Bedingung für ein dauerhaftes Engagement der USA in Europa ist.³ Dieser Trend dürfte sich unter der Bush-Administration weiter verstärken. Realpolitisch fürchtet sie ein „over-commitment“ und eine Überforderung der amerikanischen Kapazitäten als globale Ordnungsmacht. Sie möchte überflüssige internationale Verpflichtungen abbauen und internationale Operationen enger an nationale Interessen der USA binden. Unter diesen Umständen kommen die Bestrebungen der EU vielleicht nicht ungelogen.

2. Arbeitsteilung im Bündnis?

34. Eine strikte Arbeitsteilung im transatlantischen Verhältnis, wie sie von der Nationalen Sicherheitsberaterin Rice im Wahlkampf anvisiert wurde, wäre jedoch kontraproduktiv. Sie hatte einen Abzug von US-Truppen aus dem Kosovo mit dem Hinweis angeregt, die USA solle sich auf Kampfeinsätze konzentrieren, bei denen ihre Kampfverbände, Luftstreitkräfte, Abstandswaffen und überlegenen Kommunikations- und Kommandostrukturen voll zur Geltung kommen. Die EU könne dagegen die Bodentruppen bei friedenserhaltenden Einsätzen (PKO) und Aufräumarbeiten im Kosovo übernehmen. Das würde unvermeidlich zu erheblichen Spannungen zwischen den Bündnispartnern führen, die sich einerseits von operativen Entscheidungen im „Kompetenzbereich“ des anderen weitgehend ausgeschlossen oder andererseits mit den Problemen allein gelassen fühlen könnten. Im Interesse des Zusammenhalts im Bündnis sind ein gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortung für Operationen über das gesamte Aufgabenspektrum der NATO hinweg nötig.⁴

35. Beim NATO-Sondergipfel am 13. Juni bestätigte Präsident Bush die Aussage von Außenminister Powell von Ende Februar 2001, dass sich die USA nicht einseitig zurückziehen würden, sondern die Aufgabe der Stabilisierung Südosteuropas gemeinsam zu Ende führen wollen. Aber er betonte zugleich, daß es darum gehe, eine Stationierung von NATO-Truppen auf unbestimmte Zeit zu vermeiden und eine Stabilisierung der Lage herbeizuführen, die es zivilen Institutionen und lokalen Kräften ermöglicht, die Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere in Bosnien-Herzegowina sah er Raum für eine Reduzierung des Engagements. Dort steht der Abzug von insgesamt ca. 2.000 bzw. 10% der SFOR-Soldaten zur Diskussion. Beim Zustandekommen einer neuen Mission der NATO in Mazedonien würden sich aber auch die USA beteiligen.

E. Autonome Entscheidungen

36. Eine Abkopplung der EU von den sicherheitspolitischen Erwägungen im Rahmen der NATO war nie eine ernsthafte Gefahr. Denn für die kollektive Verteidigung ist weiterhin die

³ Ivo H. Daalder/James M. Goldgeier, Putting Europe first, in: Survival, Spring 2001, S. 71-91, hier S. 80.

⁴ US-NATO-Botschafter Vershbow sprach in diesem Zusammenhang von der Gefahr einer „two-tier alliance“ (Zweistufen-Allianz), in: Washington Post, 7. 03. 2000, zit. nach: Denise Groves, The European Union's Common Foreign, Security, and Defense Policy, Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, 2000, S. 23.

NATO allein zuständig. Zwar betont der „David“ EU auf Drängen Frankreichs gegenüber dem „Goliath“ NATO zurecht, dass beide Organisationen autonom Entscheidungen fällen. Tatsächlich sind jedoch außer Frankreich alle anderen, auch die nicht dem Bündnis angehörenden EU-Mitglieder wie Schweden und Finnland, sehr stark an einer Beteiligung der NATO und damit der USA bei sicherheitspolitischen Fragen interessiert.

37. Auch aus praktischen Erwägungen spricht wenig für die Abkopplungsängste. Vollkommen eigenständige EU-Operationen ohne Rückgriff auf Ressourcen Dritter sind erst in 10-15 Jahren denkbar.⁵ Dann soll die EU neben der für 2003 anvisierten mobilen Eingreiftruppe („Rapid Reaction Force“) auch über Kapazitäten zum strategischen See- und Lufttransport, Aufklärungssysteme sowie Führungs- („Command and Control“)-Kapazitäten verfügen. Bis dahin sind nur Operationen vorstellbar, die sich a) ausschließlich auf NATO-Ressourcen, b) auf Ressourcen von NATO und EU stützen. In diesen Fällen ist jedes NATO-Mitglied an der Entscheidung beteiligt, ob die EU diese Ressourcen für ihre Operationen nutzen darf.

38. In der Praxis werden bei Krisen parallele Konsultationen innerhalb und zwischen beiden Organisationen stattfinden. Nur „wo die Allianz als ganzes nicht engagiert ist“, stellt sich die Frage nach einer EU-Operation. Falls kein Konsens im Bündnis zustande kommt, muss die EU jedoch über Handlungsoptionen verfügen und kann nicht grundsätzlich zur Untätigkeit verurteilt sein.

F. Konsultationsmechanismen

39. Eine zentrale Rolle haben bei den Gesprächen über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen EU und NATO die Konsultationsverfahren gespielt. Ziel der Bemühungen ist es, wechselseitig eine maximale Transparenz der Erwägungen zu gewährleisten, um Missverständnisse zu vermeiden und ein koordiniertes Handeln beider Organisationen zu gewährleisten.

40. Nach langwierigen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Regelung der Beziehungen zwischen NATO und EU liegen dazu detaillierte Vorschläge vor. Es sollen regelmäßige Konsultationen mit dem Nordatlantischen Rat (NAC) stattfinden – pro Präsidentschaft dreimal mit dem PSK und einmal auf Ministerebene. Daneben finden Beratungen mit den europäischen NATO-Partnern (15+6) und zusätzlich mit den Beitrittskandidaten (15+15) statt. Konsultationen finden darüber hinaus in Krisensituationen ad hoc im Vorfeld einer möglichen EU-Entscheidung statt.

41. EU-Operationen stehen nach einem Beschluss des Rates in der Regel allen NATO-Mitgliedern offen. Falls sie sich an einer Operation beteiligen, nehmen sie an allen Entscheidungen im Rahmen des Ausschusses der beitragenden Staaten („contributors‘ committee“) zur Führung dieser Operation teil. Die EU befindet auf der Basis der Empfehlungen des Ausschusses der beitragenden Staaten („contributors‘ committee“) jedoch selbständig über die Beendigung der Operation. Sofern NATO-Ressourcen genutzt werden, wird der Nordatlantische Rat vom PSK vor einer bevorstehenden Entscheidung des Rates informiert.

⁵ Bertelsmann Foundation (ed.) Enhancing the European Union as an international security actor. A strategy for action, Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers, 2000, S. 31.

1. Kanadische Interessen

42. Kanada hat frühzeitig Interesse signalisiert, dass es sich an EU-Operationen beteiligen möchte und sich an der Streitkräftebeitragskonferenz („Capabilities Pledging Conference“) am 20. November 2000 beteiligt. Die EU hat neben den Beratungen mit dem Nordatlantischen Rat und den europäischen Alliierten einen Meinungsaustausch über die Entwicklung der ESVP und Fragen des militärischen Krisenmanagements vorgeschlagen, der routinemäßig alle sechs Wochen mit dem PSK stattfinden soll. In Krisensituationen beruft der Rat ggf. zusätzliche Treffen ein. Kanada ist mit diesen Konsultationsmechanismen insgesamt einverstanden.

2. Zur Rolle der sechs europäischen NATO-Mitglieder

43. Die sechs europäischen Alliierten, die auch der WEU angehören, fordern in besonderer Weise, an den Beratungen zur ESVP beteiligt zu werden. Sie fühlen sich ihrer Rechte als „assoziierte Mitglieder“ beraubt, seitdem der WEU-Ministerrat mit den Stimmen der 11 zugleich der EU angehörenden Vollmitglieder am 13. 11. 2000 die Überführung der wesentlichen operativen Kapazitäten der Organisation beschlossen hat. Formal bleibt der WEU-Vertrag mit der Beistandsgarantie des Art. V ebenso wie die Gremien Ständiger Rat, die WEU-Versammlung und die Westeuropäische Rüstungsgruppe weiter bestehen.

44. Realistischerweise muss man feststellen, dass die WEU bislang eine rein politische Organisation war, die kaum militärische Funktionen ausgeübt hat. Selbst im WEU-Militärstab herrschte das Verständnis vor, dass der Fall des kollektiven Beistands im Zweifelsfall durch die NATO wahrgenommen würde. Praktisch war die WEU also ein zahnloser Tiger und keiner verliert durch die Überführung ihrer beschränkten Kapazitäten an Sicherheit.

45. Mit der Entwicklung der ESVP eröffnet sich jedoch die Chance, einen effektiven europäischen Beitrag zur Bewältigung internationaler Krisen zu leisten. Um allen europäischen NATO-Mitgliedern eine Mitwirkung zu eröffnen, hat die EU nach dem Gipfel von Feira bereits Konsultationen mit diesen Staaten („15+6“) aufgenommen. Eine volle Beteiligung an den internen Entscheidungsprozessen ist jedoch ausgeschlossen. Dieses würde de facto auf eine Teilmitgliedschaft in der EU hinauslaufen. Das läuft dem strategischen Ziel der EU, zu einer vertieften Integration zu gelangen, diametral entgegen. Alle, die volle Rechte - und Pflichten - wollen, können die Aufnahme in die EU beantragen. Die meisten haben dieses bereits getan.

46. Umso mehr verwundert die Haltung der drei neuen mittelosteuropäischen NATO-Mitglieder. Bis die Institutionen der ESVP halbwegs handlungsfähig sind, werden sie bereits EU-Mitglieder sein und volle Rechte genießen. Diese Einsicht scheint sich durchzusetzen. Tschechien und Ungarn beteiligen sich schon jetzt konstruktiv an den Beratungen zur Ausgestaltung der ESVP. Und auch in Polen fordern Experten bereits ein größeres Engagement in dieser Frage. Weder die drei neuen Mitglieder noch Norwegen und Island hätten die Vereinbarungen zwischen beiden Organisationen im Dezember 2000 also scheitern lassen.

3. Die besondere Rolle der Türkei

47. Insgesamt liegen sehr weitreichende Vorschläge der EU vor. Die intensiven Konsultationsverfahren enden nur knapp unterhalb der förmlichen Beteiligung an den Entscheidungen der Organisation. Viel weiter kann die EU nicht gehen, wenn sie den Anspruch auf Autonomie wahren will. Zwar haben auch die anderen europäischen NATO-

Partner noch Bedenken angemeldet, aber letztendlich hat allein die Türkei den Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen NATO und EU beim NATO-Ministerrat im Dezember 2000 blockiert. Dabei haben auch Konflikte über den Inhalt der Beitrittspartnerschaft mit der EU und innenpolitische Auseinandersetzungen um das Ziel eines EU-Beitritts des Landes eine Rolle gespielt.

48. Im Bemühen, die Blockade zu durchbrechen ging die EU noch einen Schritt weiter. Beim NATO-Außenministerrat in Budapest war unter britischer Führung ein Kompromißvorschlag unterbreitet worden, der eine weitgehende Beteiligung der Türkei an allen Beratungen von EU-Gremien über Krisen vorsah, in denen türkische Sicherheitsinteressen berührt sein könnten. Auch wenn die Türkei dabei formal kein Stimmrecht besäße, wäre es für die EU de facto schwierig, gegen massive Einwände des Partners zu handeln. Der Vorschlag war vom türkischen Außenminister Cem als Durchbruch bezeichnet worden. Innenpolitisch erhielt er jedoch keine Rückendeckung für eine Zustimmung zu diesem Kompromiß. Einwände des türkischen Generalstabes sollen dafür verantwortlich sein, daß der Abschluß der NATO-EU Vereinbarungen weiterhin aussteht.

49. Am Rande des EU-Außenministerrats im Juli 2001 wurde daher offen davor gewarnt, eine türkische Blockade berge das Risiko in sich, dass die EU vom Zugang zu den Planungskapazitäten der NATO ausgeschlossen bleibt. Das wäre der sicherste Weg, zu bewirken, was keiner will: eine unnötige Duplizierung. Um dieses zu vermeiden, hat sich auch die US-Administration in den letzten Monaten darum bemüht, die Türkei zu einem Einlenken zu bewegen. Denn über Planungskapazitäten und Kommandostrukturen muss die EU verfügen können, wenn die ESVP mehr als ein Papiertiger sein soll. Wenn Mittel der NATO nicht zur Verfügung stehen, sähe sich die EU zum kostspieligen Aufbau solcher Strukturen in eigener Regie gezwungen. Die Zeit drängt. Bis zum Ende des Jahres will die EU die Einsatzfähigkeit eines Teils ihrer militärischen Kapazitäten feststellen. Ohne Zugriff auf Planungsstäbe ist das nicht glaubhaft darzustellen.⁶

G. Parlamentarische Kontrolle der ESVP

50. Die Frage einer parlamentarischen Kontrolle der ESVP spielt im transatlantischen Verhältnis zwar keine große Rolle, ist aber für die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) von so großer Bedeutung, dass auf sie zum Abschluss dieses Kapitels kurz eingegangen werden soll. Die parlamentarische Kontrolle blieb bei den Regierungsverhandlungen bisher außen vor. Da die Mittel für ESVP-Projekte durch spezifische Beiträge der Mitgliedsstaaten und nicht über das EU-Budget bereitgestellt werden, beschränkt sich die Mitwirkung des Europäischen Parlaments (EP) auf die halbjährlichen Anhörungen des Generalsekretärs Javier Solana vor dem EP-Ausschuss für Auswärtige Beziehungen, zu denen nun auch eine Delegation der NATO PV eingeladen ist. Das EP sieht sich dennoch als den entscheidenden Träger parlamentarischer Kontrolle der ESVP. Im Hinblick auf die Rolle des Parlaments in der Außen- und Verteidigungspolitik gibt es unterschiedliche nationale Traditionen in der EU. In einigen Ländern werden die nationalen Parlamente bei einer so essentiellen Frage wie Truppeneinsätzen im Ausland auf eine Beteiligung drängen; in Deutschland ist sie bspw. zwingend in der Verfassung vorgesehen. Derzeit ist nicht absehbar, ob langfristig das EP, ein neues interparlamentarisches Gremium der EU oder beide gemeinsam die parlamentarische Kontrolle übernehmen werden.

⁶ John C. Hulsman, Good news at Nice: The Eu backs a defense plan in U. S. interests, Washington: Heritage Executive Memorandum, Nr. 707, 20. 12. 2000, www.heritage.org, S. 3.

51. Das EP will ab sofort Funktionen der WEU-Versammlung (WEUV) übernehmen, den Rat auf die Vorlage eines jährlichen Berichts zur ESVP verpflichten, und strebt eine stärkere Zusammenarbeit mit der NATO PV an. Die WEUV, die sich vor kurzem in Europäische Sicherheits- und Verteidigungsversammlung (ESDA) umbenannt hat, vertritt hingegen die Position, dass das EP die WEUV derzeit nicht ersetzen könne, weil hier die Rückbindung an die nationalen Parlamente besteht. Die Kompetenzen werden erst mit der nächsten Regierungskonferenz Mitte des Jahrzehnts geklärt werden können. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die NATO PV nun eine volle Delegation des EP zu den Plenartagungen einlädt. Darüber hinaus sollte in der Übergangsphase auch mit der WEUV, die ebenso wie die NATO PV erfahrene Experten aus den nationalen Parlamenten zusammenbringt, ein breiter sicherheitspolitischer Dialog gepflegt werden, um die nationalen Kontrollmöglichkeiten zu bündeln.

52. Nach französischen und niederländischen Vorstößen hat das belgische Parlament die Initiative ergriffen, um möglichst bis zum Ende der belgischen EU-Präsidentschaft einen konsensualen Vorschlag zur Regelung der parlamentarischen Kontrolle der ESVP in der Übergangsphase vorzulegen. Auf einer interparlamentarischen Konferenz in Brüssel wurden am 2./3. Juli 2001 zwei Modelle diskutiert: 1. Die Bildung einer Ad-hoc-Versammlung nach dem Vorbild der WEUV und der NATO PV. 2. Eine Institution ohne festes Sekretariat nach dem Vorbild der COSAC, in der neben den Vorsitzenden der EU- und der außenpolitischen Ausschüsse auch die Verteidigungsausschüsse der nationalen Parlamente vertreten wären. In beiden Fällen wird unter Beteiligung des EP ein Gremium von 100-150 Abgeordneten angestrebt. Ziel des belgischen Parlaments ist es, auf einer Folgekonferenz im November klare Empfehlungen zu verabschieden, welche die belgische Präsidentschaft dem Europäischen Rat in Laeken zur Entscheidung vorlegen soll.

III. NATO-Erweiterung

53. Nach den Umbrüchen von 1989/90 sah sich die NATO mit einer völlig neuen sicherheitspolitischen Lage in Europa konfrontiert. Die „samtenen Revolutionen“ in Ostmitteleuropa und den baltischen Staaten hatten die Welt verändert. Die Frontstellung des Ost-West-Konflikts wurde überwunden, die Berliner Mauer fiel, und so öffnete sich der Weg zur deutschen Einheit. Die Reformstaaten wollten mit der Auflösung des Warschauer Paktes zum Subjekt europäischer Politik zu werden. Sie suchten Anschluss an die Institutionen des Westens. Die Öffnung der Allianz trägt zur Schaffung eines „geintenen und freien Europas“ bei.

54. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Wege wurde mit dem NATO-Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik am 12. März 1999 erreicht. Auf dem Washingtoner Gipfel wurden Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowakei und Slowenien im April 1999 ausdrücklich als Beitrittskandidaten genannt. Zwar war damit eine Aufnahme nicht garantiert, aber es wurde diesen Staaten eine neuerliche Überprüfung des Vorbereitungsstandes im Jahr 2002 versprochen. Zugleich wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ bei ihnen jeweils um einen "Aktionsprogramm für die Mitgliedschaft" (Membership Action Plan - MAP) ergänzt. Diese an die Beitrittspartnerschaften der EU erinnernden Programme sollen konkrete Schritte zur Heranführung an das Bündnis aufzeigen.

55. Die Entscheidung über die weitere Öffnung steht also auf dem nächsten NATO-Gipfel in Prag Ende 2002 an. In diesem Jahr gilt es eine Diskussion zur Vorbereitung der Entscheidung zu führen. Dabei geht es vor allem um folgende Fragen:

- Wird die Handlungsfähigkeit des Bündnisses durch die Aufnahme neuer Mitglieder beeinträchtigt und sind deshalb vorher institutionelle Reformen nötig?
- Welche Staaten erfüllen bis Ende 2002 die Voraussetzungen und sollen eine Einladung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erhalten?
- Verbindet sich mit der Mitgliedschaft ein sicherheitspolitischer Gewinn für die Beitrittskandidaten und für das Bündnis?
- Trägt ihre Aufnahme zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Europa bei?

Dieser Bericht verzichtet darauf, eine detaillierte Bewertung des Vorbereitungsstandes der Beitrittskandidaten abzugeben, die vom Berichterstatter des Unterausschusses Bert Koenders⁷ vorgelegt wird. Er wird sich stattdessen darauf konzentrieren, Bedingungen, Optionen und strategische Überlegungen darzulegen und Vorschläge zu entwickeln, die eine Orientierung für die Entscheidungen im kommenden Jahr bieten sollen.

A. Fazit der ersten Runde und Bedarf institutioneller Reformen

56. Ein wichtige Rolle wird auf dem Gipfel 2002 die Bewertung der ersten Erweiterungsrunde spielen. Die politische Integration von Polen, Tschechien und Ungarn verlief erfolgreich. Auch in der kritischen Phase des Kosovo-Konflikts war der Zusammenhalt des Bündnisses nie ernsthaft gefährdet.⁸ Während der Auseinandersetzung konnte Ungarn als Nachbarland und im Hinblick auf die Lage der ungarischen Minderheit in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) nur einen eingeschränkten militärischen Beitrag leisten, aber die politischen Ziele wurden ohne Abstriche unterstützt. Heute leisten alle neuen Mitglieder der Allianz einen Beitrag zur Friedenssicherung im Kosovo.

57. Bislang zeigen alle drei neuen Mitglieder ein am Konsens orientiertes Verhalten bei den Entscheidungsprozessen im Bündnis. Die Beratungen im Nordatlantischen Rat mögen zwar etwas länger dauern, aber sie gestalten sich durch die gestiegene Zahl nicht schwieriger. Ungarn hat die Diskussionen im Kosovo-Konflikt immer wieder mit konstruktiven Vorschlägen, bspw. zum Umgang mit der serbischen Opposition, beeinflusst. Neuerdings beginnt auch Polen, eigene Positionen vorzulegen.

58. Befürchtungen, die Handlungsfähigkeit der NATO könnte mit der Aufnahmen neuer Mitglieder sinken, haben sich nicht bewahrheitet und spielen deshalb auch keine Rolle bei den Diskussionen auf der politischen Ebene. Die Reform der internen Organisationsstrukturen bildet in diesem Jahr eine der zentralen Prioritäten des Generalsekretärs. Sie ist aber unabhängig von der Erweiterung anzugehen, um den neuen Aufgaben des Krisenmanagements und der Kooperation mit Partnern gerecht zu werden. So stellt sich, anders als bei der EU, nicht die Frage nach grundlegenden Veränderungen der Entscheidungsprozesse, jedenfalls nicht, solange man nicht von der gleichzeitigen Aufnahme aller Kandidaten ausgeht.

59. Im Hinblick auf die militärische Integration und die Reformen im Verteidigungssektor fällt die Bewertung weniger positiv aus. Das Reformtempo verlangsamte sich nach dem Beitritt merklich. Die Restrukturierung und Modernisierung der Streitkräfte stockte, und

⁷ Siehe CRS Report, NATO Applicant States: A Status Report, 2. 02. 01 und Szayna, Thomas S. , NATO Enlargement, 2000-2015: Determinants and Implications for Defense, Planning and Shaping, RAND Publications, 2001

⁸ Allenfalls wurden Vorbehalte gegen einen unabgestimmten tschechischen Vermittlungsversuch in Belgrad geltend gemacht.

damit bleibt die Interoperabilität mit NATO-Strukturen, vor allem im Personalbereich, hinter den Erwartungen zurück.

60. Fortschritte bei der Anpassung an NATO-Standards im Rahmen des MAP dürften daher 2002 eine größere Rolle als bei der ersten Erweiterungsrunde spielen.⁹ Der MAP-Prozess wird von Beitrittskandidaten und Mitgliedstaaten als wertvolles Instrument angesehen. Zunehmend spezifischere Anforderungen des Bündnisses ermöglichen den Beitrittskandidaten, ihre Reformanstrengungen mit klaren Prioritäten zu versehen. Die Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien werden auf der Grundlage eines vertraulichen Berichts (annual review) im NATO-Rat mit den Kandidaten diskutiert. Dieses vertrauliche Verfahren soll offene Kritik fördern. Die Anpassung an NATO-Standards lässt sich bereits vor einem Beitritt maximieren, so dass sich Probleme mit der Interoperabilität in der praktischen Zusammenarbeit vermindern.

B. Optionen für die Gestaltung des Erweiterungsprozesses

61. Der NATO-Sondergipfel in Brüssel hat am 13. Juni 2001 klargestellt, daß der Öffnungsprozeß im kommenden Jahr weitergeht. Das hatte die NATO PV bereits mit Resolutionen in Berlin und Vilnius gefordert. Die Möglichkeit einer Vertagung der Entscheidung ist definitiv vom Tisch. Es werden weitere Staaten zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen werden. Wenn die Entscheidungen auf dem nächsten Gipfel in Prag Ende 2002 getroffen werden, stehen den Regierungschefs grundsätzlich drei Optionen zur Verfügung:

1. Große Erweiterungsrunde („big bang“)

62. Die Einladung aller neun Beitrittskandidaten liegt auf der Linie der Deklaration von Vilnius, in welcher sich die neun Außenminister am 19. Mai 2000 zur Zusammenarbeit bei ihren Integrationsbestrebungen verständigten. Auf der vom 10. bis 12. Mai 2001 in Bratislava abgehaltenen Konferenz schloß sich Kroatien der erneuten Absichtserklärung der anderen Kandidatenländer an, zum frühestmöglichen Zeitpunkt NATO-Mitglieder zu werden. Die Einladung all dieser Länder würde der Allianz den Streit um eine Differenzierung gemäß dem Vorbereitungsstand der Kandidaten und über ihre strategischen Prioritäten ersparen. Im Hinblick auf die gemischten Erfahrungen mit der Stärkung operativer Kapazitäten in der ersten Erweiterungsrunde erscheint die Akzeptanz für einen solchen Ansatz unter den Mitgliedern jedoch gering ausgeprägt.

63. Um die Enttäuschung zu mildern wäre es daher sinnvoll - wie auch immer die Auswahl nachher aussehen mag -, wenn das Bündnis 2002 ein Datum für die nächste Erweiterungsrunde im Jahr 2004, spätestens 2005, festlegte. Das würde auch denjenigen Staaten, die in der zweiten Runde nicht zum Zuge kommen, einen klaren Rahmen für die Ausrichtung des zukünftigen Reformprozesses bieten.

2. Kleine Erweiterungsrunde

64. Zwei Länder werden als fast sichere Kandidaten bezeichnet: Slowenien und die Slowakei. Slowenien ist nicht nur im Prozess politischer und wirtschaftlicher Reformen weit vorangeschritten. Es hat auch bei der Umsetzung der Ziele des MAP seit 1999 große Fortschritte erzielt. Schon 1997 hatte Slowenien Chancen auf eine Einladung, scheiterte dann aber am Widerstand der USA. Die Aufnahme der Slowakei stand wegen der Demokratiedefizite damals nicht ernsthaft zur Debatte. Seit dem Regierungswechsel 1998

⁹ CBO Paper, Integrating New Allies into NATO, Oktober 2000, S. 1f.

bestehen diese Hindernisse nicht mehr und die Slowakei hat bei der Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien im Kontext der EU-Erweiterungsverhandlungen viel Boden gut gemacht. Dies trifft ebenfalls auf die militärischen Erfordernisse der NATO sowie auf die öffentliche Unterstützung einer NATO-Mitgliedschaft zu. Zusätzlich würde die Aufnahme Sloweniens auch ein politisches Signal nach Südosteuropa senden, dass die Region nicht von der Integration in die euro-atlantischen Institutionen abgehängt wird.

65. Mit dem Beitritt Sloweniens und der Slowakei wäre faktisch eine Arrondierung des Bündnisgebietes verbunden. Diese von Italien und Ungarn ausdrücklich bevorzugte Variante scheint in den meisten Mitgliedstaaten akzeptiert zu werden. Diesen Eindruck vermittelte der tschechische Präsident Havel nach dem Sondergipfel am 13. Juni 2001.

3. Mittlere Erweiterungsrunde

66. Jede Entscheidung über diese beiden hinaus dürfte jedoch größere Diskussionen nach sich ziehen, in denen die einen für den Vorrang der Süderweiterung und andere stärker für eine Erweiterung in Nordosteuropa eintreten. Im Folgenden betrachte ich nur die beiden grundsätzlich verschiedenen strategischen Optionen, die von uns berücksichtigt werden müssen. Das schließt natürlich nicht die Möglichkeit aus, daß sich die Alliierten für einen Kompromiß zwischen den beiden Ansätzen entscheiden und einzelne Länder aus beiden Gruppen einladen.

Option A: Die südosteuropäischen Staaten

67. Rumänien und Bulgarien spielen eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung Südosteuropas. Politisch haben beide Staaten – und mit ihnen andere – einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Bündnisses im Kosovo-Konflikt geleistet. Einige argumentieren daher, diese beiden Staaten sollten aus Gründen des Stabilitätsexportes und als Signal für die Staaten Südosteuropas Priorität erhalten. Nach den Kriterien innerer Stabilität und dem Stand der Reformen bleiben beide jedoch deutlich hinter anderen Staaten zurück. Sachlich wäre ihr Vorrang nicht zu rechtfertigen und würde die Einladung anderer, weiter fortgeschrittener Staaten erforderlich machen.

68. Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens wird von der Türkei und Griechenland unterstützt. Für Rumänien hatte sich Frankreich 1997 stark engagiert, hat aber bislang keine besondere Initiative gezeigt¹⁰.

Option B: Die baltischen Staaten

69. Die Aufnahme baltischer Staaten wird ein zentrales Thema in Prag sein. In den vergangenen Jahren sind sie bei demokratischen und wirtschaftlichen Reformen weit vorangekommen, wie auch die Fortschrittsberichte der EU-Kommission belegen. Ausserdem haben sie ihre Verteidigungshaushalte erhöht und die internationale militärische Zusammenarbeit ausgeweitet, insbesondere die Zusammenarbeit untereinander im Rahmen integrierter Einheiten, gemeinsamer Luftraumüberwachung und militärischer Beschaffungsvorhaben. Gegenüber Russland wird eine Politik des Ausgleichs, der Entspannung und der Kooperation angestrebt. Für Estland und Lettland sind auch die Bemühungen um eine Verbesserung des Status der russischen Minderheit zu erwähnen. Die

¹⁰ CDU-Bundesvorstand, Leitsätze für eine deutsche und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Mainz, 15. 01. 2001.

EU-Fortschrittsberichte bestätigen den Erfolg ihrer politischen und ökonomischen Bemühungen. Sie erscheinen daher als relativ gut auf einen Beitritt vorbereitete Kandidaten.

70. Dänemark, Island, Norwegen und das EU-Mitglied Schweden – wie auch zahlreiche Unterstützer in den USA und anderen Mitgliedsstaaten – setzen sich für den Beitritt mindestens eines, vorzugsweise aber aller drei baltischer Staaten ein.¹¹ Staatspräsident Chirac sagte Ende Juli 2001 bei einem Besuch in den drei baltischen Staaten zu, daß Frankreich sie in ihrem Wunsch nach einer baldigen Aufnahme in die Allianz unterstützen werde. Polen macht sich besonders für den Beitritt des Nachbarlandes Litauen stark. Die Entscheidung über die Aufnahme der baltischen Staaten wird insbesondere wegen der Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland heftige Diskussionen mit sich bringen.

D. NATO-Erweiterung und die Beziehungen zu Russland

71. Russland hatte bereits gegen die erste Runde der Erweiterung heftig protestiert. Mit der Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns hat man sich mittlerweile arrangiert, wahrscheinlich auch, weil das Bündnis zu einigen Konzessionen bereit war. So wurden die Obergrenzen des KSE-Vertrages angepasst und auf die dauerhafte Stationierung von ausländischen Truppen und Nuklearwaffen auf dem Territorium der neuen Mitglieder verzichtet.

72. In besonderer Weise fühlt sich Russland durch den Beitritt von Nachbarstaaten, die ehemals zur UdSSR gehörten, bedroht. Aus russischer Sicht wird damit eine sogenannte „rote Linie“ überschritten. Das gilt in der aktuellen Diskussion vor allem für die baltischen Staaten. Erst 1991 haben sie nach den tragischen Erfahrungen des Molotov-Ribbentrop-Paktes von 1939 und der Annexion 1940 ihre Selbstbestimmung zurückerlangt. Daher ist ihnen die Freiheit der Bündniswahl und die Mitgliedschaft in der NATO ein besonders dringliches Anliegen. Wie im Falle Polens und Tschechiens besteht eine starke moralische Verpflichtung des Bündnisses, diesem Wunsch zu entsprechen. Das schließt auch ein Tauschgeschäft aus, in dessen Rahmen russische Kooperation bei der Modifikation des ABM-Vertrages und der Errichtung eines Raketenabwehrsystems mit Zurückhaltung bei der Erweiterung vergolten würde.

73. Es gilt die russischen Partner davon zu überzeugen, dass es der NATO nicht um eine territoriale „Expansion“ geht, sondern die Öffnung dem Wunsch der Beitrittskandidaten entspringt. Wenn die Kandidaten den Kriterien der Allianz gerecht werden, kann sich die NATO nicht verschließen. Das würde die Glaubwürdigkeit der „Politik der offenen Tür“ in Frage stellen. Die NATO hat daher immer wieder betont, dass es kein Veto Dritter gegen den Beitritt neuer Mitglieder geben kann – auch nicht eines durch Russland. In jüngster Zeit hat es einige Anzeichen dafür gegeben, daß sich diese Einsicht auch in Rußland durchsetzt. Zunächst erkannte Präsident Putin Anfang April in einer gemeinsamen Erklärung mit dem litauischen Präsidenten Adamkus ausdrücklich das Recht auf Freiheit der Bündniswahl an. Beim jüngsten NATO-Außenminister-Treffen Ende Mai in Budapest bestätigte der russische Außenminister Iwanow diese Linie allgemein, während er selbstverständlich vehement die

¹¹ Siehe den Änderungsantrag von Senator William Roth zur draft resolution on NATO enlargement für die Aufnahme Sloweniens, der Slowakei und Litauens, die bei der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO PV in Berlin im November 2000 vorgelegt wurde; Rede des Vorsitzenden des Ausschusses für Außenbeziehungen des Senats, Senator Jesse Helms, vor dem American Enterprise Institute, 11. 01. 2001; sowie die Anhörung des Unterausschusses für europäische Angelegenheiten des Ausschusses für Außenbeziehungen des Senats vom 27. 02. 2001 mit Senator Gordon H. Smith und Senator Joseph R. Biden, Federal News Service.

russischen Bedenken gegenüber einer Erweiterung vortrug. Ich meine daher, daß Rußland eine Entscheidung für die Aufnahme weiterer mittelosteuropäischer Staaten auch innenpolitisch verkraften wird. Es kommt vor allem auf die Umstände einer solchen Entscheidung an.

1. Aufnahme baltischer Staaten: “Einer für alle” oder alle gemeinsam?

74. Aber jenseits der grundsätzlichen Frage, ob man die baltischen Staaten überhaupt einladen sollte, hat in den letzten Monaten eine taktische Debatte an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es um die Frage, ob es mit Rücksicht auf Rußland nicht besser sei, zunächst nur einen baltischen Staat aufzunehmen. Im folgenden sollen die Argumente erörtert werden, die für eine gleichzeitige Aufnahme aller drei baltischen Staaten sprechen.

75. Manche setzen darauf, daß der Beitritt nur eines baltischen Staates weniger heftige Proteste auf russischer Seite hervorrufen und die spätere Aufnahme der beiden anderen keine gravierenden Probleme mehr machen würde. Eine solche Entscheidung dürfte von Rußland als Kuhhandel mißverstanden werden. Erstens könnte es auf russischer Seite ein Denken in den Kategorien von Großmachtpolitik und Einflußsphären bestärken. Eine Wiederholung der belastenden Auseinandersetzung wäre mit der Aufnahme jedes weiteren baltischen Landes vorprogrammiert. Zweitens könnte sich Rußland dazu ermuntert sehen, Druck auf die außerhalb des Bündnisses verbliebenen Staaten auszuüben. Neben ständigen Konflikten über den Status der russischen Minderheit könnte dieses zu einer weiteren Verzögerung der Unterzeichnung bzw. Ratifikation der bereits seit einiger Zeit mit allen drei Staaten ausgehandelten Grenzabkommen nach sich ziehen. Ebenso ist wirtschaftlicher Druck über die Blockade von Energielieferungen oder die Einflußnahme auf Auslandsinvestitionen vorstellbar. Selbst verstärkte Truppenkonzentration und Manöver an der Grenzen können nicht ausgeschlossen werden. Das Ziel wäre eine Destabilisierung der Länder mit dem Ziel, die NATO von einer späteren Aufnahme krisengeschüttelter Staaten abzuschrecken. Drittens kann es für die baltischen Staaten keine geteilte Sicherheit geben. Seit der Unabhängigkeit haben sie auf Empfehlung der NATO bemüht, ihre Sicherheit in gemeinsamen Institutionen zu gewährleisten. Eine Aufsplitterung dieser multinationalen Einrichtungen wäre weder im Interesse der NATO noch der baltischen Staaten. Viertens wäre eine Differenzierung zwischen den baltischen Staaten schwer zu rechtfertigen und könnte die Glaubwürdigkeit der Aufnahmekriterien in Frage stellen. Alle drei Staaten sind im Reformprozeß weit vorangeschritten. Sie haben gute Chancen, zu den ersten Staaten zu gehören, die 2004 der EU beitreten sollen. Auch unter der NATO-Beitrittskandidaten zählen sie zu den weit Fortgeschrittenen. Die Unterschiede im Hinblick auf den Umfang der Streitkräfte, die Verteidigungsausgaben und die Interoperabilität erscheinen gering. Litauen wird von Verfechtern des Beitritts eines baltischen Staates oft als Vorreiter genannt. Das scheint in erster Linie damit zusammenzuhängen, daß die russische Minderheit dort kleiner ist und sich die Beziehungen zu Rußland daher positiver entwickelt haben. Aber schon der Beitritt Litauens wirft die Frage auf, wie sich die Beziehungen Rußlands zur Exklave Kaliningrad gestalten. Auf die damit für Rußland verbundenen Probleme wird weiter unten näher eingegangen. Die taktischen Überlegungen dürften also zu Widersprüchen und Mißverständnissen führen.

76. Die Allianz muß in ihren Beziehungen zu Rußland eine klare Strategie verfolgen und Vertrauen aufbauen. Dieses könnte helfen, Rußland zu überzeugen, daß die permanente

Einbindung der baltischen Staaten in die EU und NATO auch der Erhaltung langfristiger Stabilität an der russischen Westgrenze dient.¹²

77. Auch russischerseits wird derzeit im Ostseeraum keine militärische Bedrohung gesehen. Es bieten sich sogar zahlreiche Ansätze für fruchtbare Kooperation in der Region. Vieles deutet darauf hin, daß sich die russische Besorgnis nicht gegen die geographische Ausweitung des NATO-Gebietes an sich richtet. Erst im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausweitung der Aufgaben und die Mandatierung von out-of-area-Operationen wie im Kosovo wird die Erweiterung des Bündnisgebietes als negative Entwicklung betrachtet. Zum einen mindert die herausragende Stellung der NATO die Bedeutung sicherheitspolitischer Institutionen wie UN und OSZE, in denen Rußland Einfluß hat. Rußland möchte nicht von Entscheidungen über Fragen der europäischen Sicherheit ausgeschlossen sein. Man ist unsicher, wie sich die neue Aufgabe des Krisenmanagements in der Praxis auswirken wird. Vor diesem Hintergrund erlangen geostrategische Überlegungen Bedeutung. Man befürchtet, daß es nach einem NATO-Beitritt baltischer Staaten zur Stationierung moderner Waffensysteme, bspw. Marschflugkörper, kommen könnte. Für den hypothetischen Fall einer militärischen Konfrontation befürchtet man auf russischer Seite eine erhebliche Verkürzung der Vorwarnzeiten. Die Schwächen des russischen Frühwarnsystems verstärken diese Bedrohungswahrnehmung zusätzlich. Auf die russischen Befürchtungen könnte die NATO eingehen, indem sie wie in der ersten Erweiterungsrunde von der dauerhaften Stationierung von Nuklearwaffen und anderer weitreichender Waffensysteme absieht. Des weiteren könnte sie eine weitere einseitige Reduktion der KSE (CFE)-Obergrenzen anbieten. Es würde zeigen, daß es ihr nicht um eine Veränderung der Streitkräftepotentiale geht. Auch die freiwillige Ankündigung von Truppenverlagerungen und Übungen unterhalb der Schwellenwerte könnte vertrauensbildend wirken und helfen, die Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung durch Belarus und Rußland zu korrigieren. Die baltischen Staaten könnten nach einem Beitritt zum KSE-Abkommen zusammen mit Belarus, Polen und Rußland erklären, daß sie darauf verzichten, ihr Recht auf eine außerordentliche Verstärkung in Krisenzeiten zu nutzen, solange alle anderen in der Region davon keinen Gebrauch machen.

78. Den russischen Sorgen, von der Zusammenarbeit an Europas Sicherheit ausgeschlossen zu werden, ist entgegenzuwirken. Die praktische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte sollte ausgebaut werden. Neben Abrüstungsinitiativen und der Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen sind Kooperationsprojekte bei der friedlichen Nutzung des Weltraums bis hin zur gemeinsamen Sicherheitsvorsorge wie der von Russland angeregten Entwicklung eines Raketenabwehrsystems denkbar. Die Verstärkung der Kooperation könnte bis hin zum Angebot eines umfassenden Vertrages über Sicherheit und Zusammenarbeit gehen.

79. Neben sicherheitspolitischer Kooperation hat Rußland in erster Linie Interesse an gemeinsamen Vorhaben, welche die wirtschaftlichen Reformen im Lande vorantreiben. Neben dem Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen stehen dabei auf russischer Seite Überlegungen zum Ausbau der Ost-West-Verkehrsachsen sowie der Modernisierung des Energiesektors an erster Stelle. Daneben bieten sich gemeinsame Vorhaben zum sicheren Umgang mit Kernbrennstoff und Nuklearabfall in der zivilen Atomindustrie an. Auch das besonders erfolgreiche, vom US-Kongreß initiierte "Cooperative

¹² Siehe Sophie Lambroschini, Russia: New Study Sees NATO, EU Threat, RFE/RL-Report, 15.09.00. Eine neue Studie des Carnegie Moscow Centers zeigt einen Perspektivenwechsel der russischen Analysten. Sie sind weniger über die geographische Expansion der Nato besorgt, als vielmehr über die Ausweitung ihrer Missionen, wie das Beispiel des Kosovo-Kriegs gezeigt hat.

Threat Reduction (CTR) Programme" sollte ausgebaut werden. Eine Kommission unter Leitung von Howard Baker hat in diesem Jahr empfohlen, CTR, das derzeit mit etwas mehr 400 Mio USD ausgestattet wird, auf 30 Mrd. USD in den nächsten 10 Jahren aufzustocken. Eine stärkere Beteiligung der EU wäre dabei sinnvoll. Von großem Interesse dürfte für beide Seiten auch der gemeinsame Kampf gegen organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus sein, die im Zusammenhang mit den Prozessen der Globalisierung eine bislang unbekannt internationale Dimension erreicht.

2. Kaliningrad: Bürde oder Chance?

80. Ein besonderes Problem bildet die Enklave Kaliningrad. Rußland fürchtet, durch die Erweiterung von EU und NATO isoliert zu werden. Langfristig wird sogar eine Sezession der Region Kaliningrad befürchtet.

81. Das russische Gebiet Kaliningrad verliert den Anschluß an die dynamische wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum und droht zu einer von Armut und organisiertem Verbrechen gekennzeichneten Enklave zu werden. Überwiegend wird Kaliningrad daher als Problemzone begriffen. Rußland fürchtet eine Abschottung an den Außengrenzen von NATO und EU. Zum einen würde das Schengener Visa-Regime der EU die Freizügigkeit zwischen Rußland und Kaliningrad sowie zwischen Kaliningrad und den Nachbarstaaten (Polen und Litauen) einschränken. Zum anderen dürfte der EU-Binnenmarkt zum Verlust von Exportmärkten führen.

82. Die Nachbarn Polen und Litauen zeigen großes Verständnis für die russischen Sorgen und signalisieren Interesse, die Kooperation auch nach einem EU-Beitritt zu vertiefen. Schon jetzt gehören sie zu den wichtigsten Handelspartnern der Region Kaliningrad.

83. Kaliningrad böte also auch die Chance, neue Formen für den Ausbau der Beziehungen mit Rußland zu entwickeln und zu testen. So hat die EU-Kommission zur Lösung der Probleme im Januar 2001 konkrete Vorschläge unterbreitet, die zeigen sollen, daß Grenzen sicher, aber offen gestaltet werden können. Diese Vorschläge umfassen unter anderem die Modernisierung der Verkehrsverbindungen und Grenzübergänge, vereinfachte Visaerteilung für Kaliningrader Bürger an der Grenze bzw. in Konsulaten vor Ort, reduzierte Visagebühren, Unterstützung bei der Energieversorgung der Region sowie eine beschleunigte Realisierung der Freihandelszone EU-Rußland. In einer ersten Reaktion hat Rußland eine antiquierte Korridorlösung für die Verbindung zwischen Kaliningrad und Rußland vorgeschlagen und Visa für den Transit durch künftiges EU-Gebiet grundsätzlich abgelehnt.

84. Diese Reaktion weist auf ein grundlegendes Problem bei der Suche nach flexiblen Sonderregelungen hin. Dieses setzt auf russischer Seite die Bereitschaft der Zentralregierung voraus, den Regionalbehörden Handlungsspielraum bei der Gestaltung der Beziehungen zu den Nachbarn zu gewähren und Mittel für eigene Initiativen zur Verfügung zu stellen. Eine Strategie zur Entwicklung der Region gibt es aber in Moskau (noch) nicht.

85. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem Umfang der militärischen Kräfte, die langfristig in der Region stationiert bleiben sollen. Von der Antwort hängen die Auswirkungen eines NATO-Beitritts Litauens ab. In diesem Zusammenhang fürchtet Rußland, daß der Transit von Truppen und ihr Nachschub vom NATO-Mitglied Litauen restriktiver gehandhabt werden könnte als bisher. Es dringt daher auf langfristige Vereinbarungen statt der derzeit jährlich ausgehandelten Transitabkommen.

E. Beziehung zwischen NATO und EU-Erweiterung

86. Schon im Kontext der ersten Erweiterungsrunde wurde die Verbindung zwischen den Integrationsprozessen von NATO und EU hergestellt. Beide werden als komplementäre Entwicklungen zur Stärkung gesamteuropäischer Sicherheit gesehen und idealiter gehen alle davon aus, dass am Ende die Mitgliedschaft beider Organisationen sich annähern wird. Wie die Beziehung auf dem Weg dorthin verläuft, ist umstritten. Mit Blick auf die baltischen Staaten wird immer wieder ein Vorrang der EU-Integration postuliert. Die EU-Integration umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Entsprechend sind die Anforderungen, welche die EU an den inneren Entwicklungsstand ihrer Mitglieder stellt, höher als die der NATO. In der Praxis ist die NATO daher bislang der EU vorausgeeilt. Dies dürfte so bleiben, auch wenn die EU bis 2004 die ersten mittel- und osteuropäischen Mitglieder aufnimmt. Mit Blick auf Bulgarien und Rumänien, die beide der EU nicht in der ersten Runde beitreten werden, fürchten manche die negativen Folgen einer „doppelten Zurückweisung“ in besonderem Maße und plädieren für eine frühzeitige Aufnahme in die NATO.

87. Die schon 1991 in den ‘Europaabkommen‘ enthaltene Perspektive einer Mitgliedschaft in der EG/EU spielte eine entscheidende Rolle bei der Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Anders als bei der NATO sind die grundsätzlichen Entscheidungen bei der EU bereits gefallen: Sie wird alle Beitrittskandidaten aufnehmen. Es hängt nun von den Beitrittskandidaten ab. Diese werden Mitglieder, wenn und sobald sie die nötigen Reformen vollzogen haben, um den seit 1993 bekannten Aufnahmekriterien gerecht zu werden:

- die Wahrung der Menschenrechte sowie der Schutz von Minderheiten;
- institutionelle Stabilität als Garantie für einen demokratischen Rechtsstaat;
- einen funktionsfähige Marktwirtschaft, die in der Lage ist, dem Wettbewerbsdruck auf dem Binnenmarkt standzuhalten;
- die Fähigkeit, die aus dem Beitritt erwachsenden Verpflichtungen einzuhalten;
- volle Übereinstimmung mit den Zielen der Politischen Union und der Währungsunion.

88. Für den EU-Beitritt müssen – von militärischen Anforderungen abgesehen - weitergehende Kriterien als bei der NATO erfüllt werden. Das hängt mit dem Ausmaß der Integration und dem Charakter der EU zusammen. Sie ist sowohl eine Werte- als auch eine Rechtsgemeinschaft. Ihre Regelungen greifen tief in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche ein: Über die technischen Normen zur Herstellung von Waren, die Reinheit des Trinkwassers bis hin zur beruflichen Gleichstellung von Frauen. Um den etwa 80.000 Seiten Rechtsakte umfassenden Besitzstand der EU anwenden zu können, braucht es rechtsstaatliche Institutionen, Erfahrungen und nicht zuletzt kompetentes Personal: Richter und Beamte. Das wird nicht über Nacht geschaffen. Mit den Entscheidungen der EU-Gipfel in Nizza und Göteborg ist der Weg für den Beitritt der ersten neuen Mitglieder im Jahr 2004 frei.

89. Mit Blick auf die Frage, wie die beiden Prozesse miteinander verbunden werden können, gilt es den Eindruck zu vermeiden, daß Mitgliedschaft in der einen Organisation der Trostpreis für die Verweigerung des Zutritts zur anderen sei. Beide Institutionen haben unterschiedliche Aufgaben und ergänzen sich dadurch. Da sich die Anforderungen an ihre Mitglieder überschneiden, ist es möglich, eine Verbindung herzustellen. Auf dem Prager Gipfel sollte die NATO verbindlich festschreiben, daß alle EU-Mitglieder die Option haben, der Allianz beizutreten, wenn sie dieses wünschen und zusätzlich die militärischen Kriterien erfüllen. Das gäbe allen EU-Beitrittskandidaten auch eine klare sicherheitspolitische Perspektive und könnte die Enttäuschung der nicht eingeladenen Staaten mildern. Außerdem würde es angesichts der Divergenzen über die Entwicklung der ESVP eine zunehmende Kohärenz in der Mitgliedschaft von NATO und EU sicherstellen. Das heißt nicht, daß nun alle nicht der NATO angehörenden Mitglieder der EU aufgerufen sind, morgen der NATO

beizutreten. Aber wenn sie dieses wollten, würden Finnland, Irland, Österreich und Schweden schon heute die politischen und wirtschaftlichen Kriterien der NATO erfüllen und könnten beitreten. Und auch im militärischen Bereich dürften sie kaum hinter manchen Allianzmitgliedern zurückbleiben. Im Hinblick die Herausforderungen beim militärischen Krisenmanagement können sie sogar auf größere Erfahrungen mit der Zusammenarbeit in multinationalen Verbänden der UN-Friedenstruppen zurückblicken als viele Alliierte. Ihr Beitritt dürfte die NATO nicht mit Problemen konfrontieren, würde das Bündnis aber sicherlich bereichern.

E. Zum Stand der Diskussion im Bündnis

90. Die erste Europareise von US-Präsident Bush im Juni 2001 hat gezeigt, daß es bei der Erweiterung leichter ist als bei anderen Streitfragen, einen transatlantischen Konsens herzustellen. Hier bietet sich ein positiver Bezugspunkt, um gemeinsam für die Wertordnung sowie Sicherheit und Stabilität in Europa einzutreten. Aber derzeit besteht eine Diskrepanz. Nicht zuletzt durch die Rede Präsident Bushs in Warschau hat sich die neue US-Administration öffentlich für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses ausgesprochen, auch wenn sie ihre konkrete Position in dieser Frage noch genauso wenig wie die kanadischen Partner festgelegt hat. Die Administration ist verpflichtet, dem Kongress ein Jahr vor der Gipfelentscheidung einen Bericht über die Integration der drei neuen Mitglieder und den Vorbereitungsstand der neun Kandidaten vorzulegen. Sie dürfte sich daher bis Ende 2001 in der Erweiterungsfrage positionieren, um die Hürde zu nehmen, die der Senat im Zuge der Ratifikation der ersten Erweiterungsrunde errichtet hat.

91. In Expertenkreisen hat in den letzten Monaten auch in Europa eine Diskussion über die nächste Runde der NATO-Erweiterung begonnen. Es mag sinnvoll sein, daß die Regierungen noch mit Festlegungen zögern, um den Anreiz zur Fortsetzung der Reformen solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Auch die europäischen Partner, insbesondere Frankreich, Großbritannien und Deutschland, sollten ihr Interesse an diese zentralen Frage unmißverständlich äußern. Die intensive Unterstützung der Vorbereitungen im Rahmen des MAP reicht da allein nicht aus. Der Beginn einer öffentlichen Debatte in den Parlamenten wäre ein politisches Signal. Darüber hinaus würde dies gewährleisten, daß man sich über die unterschiedlichen Bewertungen des Vorbereitungsstandes, strategischer Prioritäten und nationaler Präferenzen hinaus in den kommenden 18 Monaten auf einen Konsens im Bündnis bewegen kann.

IV. Entwicklungen in Südosteuropa

92. Die Entwicklung in Südosteuropa bleibt für das transatlantische Bündnis ein sicherheitspolitisches Anliegen ersten Ranges. Das Thema geht in seiner Bedeutung über die Region hinaus und wird die zukünftige transatlantische Zusammenarbeit beeinflussen. Schlüsselfragen in diesem Zusammenhang sind, wie die Vereinigten Staaten ihre Sicherheitsinteressen und ihre Beteiligung definieren und ob – und wie – die europäischen Bündnispartner militärische Sicherheit in der Krisenregion herbeiführen können. Die europäische Politik hat in den frühen neunziger Jahren versagt und das Daytoner Abkommen ist dem aktiven Engagement und der Führung der USA zu verdanken. Seitdem die Situation in der Region als Gefahr für die Stabilität in ganz Europa erkannt wurde, betrachtete auch die Clinton-Administration in den Vereinigten Staaten die Stabilität auf dem Balkan als vitales amerikanisches Interesse. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2000 war der damalige

Gouverneur George W. Bush für ein Ende der US-Beteiligung an Friedenstruppen auf dem Balkan eingetreten, die den Europäern überlassen werden sollten. Doch nach der Amtsübernahme änderten hohe Beamte der neuen Administration ihre Haltung und versicherten, daß man trotz der US-Absicht, Truppenreduzierungen in der Region vorzunehmen, nichts überstürzen würde. Der amerikanische Außenminister Colin Powell sagte, die Amerikaner und Europäer sind auf dem Balkan „zusammen reingegangen und gehen auch zusammen wieder raus“. Präsident Bush unterstrich in einer Rede in Camp Bondsteel am 24 Juli, daß es für Europa „nur natürlich“ sei, mehr Verantwortung in der Region zu übernehmen, aber er erkannte an, daß ein Beitrag Amerikas - sowohl militärisch als auch politisch - essentiell bleibe.

A. Die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ)

93. In der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) begann nach der Absetzung des Milosevic-Regimes am 5. Oktober 2000 eine tiefgreifende Transformation. Es gibt bereits erste Anzeichen einer Bewegung hin zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Reformen in vielen Bereichen. Jugoslawien ist daraufhin wieder in die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE und die Weltbank aufgenommen worden und beteiligt sich an dem von der EU gesponsortem Stabilitätspakt für Südosteuropa. Es wird demnächst Verhandlungen über ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit der EU beginnen. Die EU, die Vereinigten Staaten und internationale Kreditinstitute haben 1,3 Milliarden US\$ für den Wiederaufbau der jugoslawischen Wirtschaft in Aussicht gestellt, auch wenn bisher wenig konkrete Hilfe angekommen ist. Die Finanzminister sparten beim europäischen Anteil von 300 Millionen € indem 225 Millionen € für die Tilgung alter Schulden benutzt und nur 75 Millionen € bis spätestens November überwiesen werden – zu wenig und zu spät. NATO-Mitglieder sollten diese kurzfristige Reduktion ausgleichen und schnell bilaterale Hilfe leisten.

94. Deutlich verbessert haben sich auch die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Kroatien, Bosnien-Herzegovina, Jugoslawien, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM)* und Albanien verpflichteten sich bei einem Gipfel in Zagreb in November 2000 zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen und grenzüberschreitender wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Im Januar 2001 wurden die diplomatischen Beziehungen mit Albanien wieder aufgenommen und bereits im Dezember 2000 Verbindungen zu Bosnien-Herzegovina hergestellt. Nach Aussagen des jugoslawischen Außenministers Goran Svilanovic wird Jugoslawien die territoriale Integrität von Bosnien-Herzegovina respektieren, jedoch auch - wie im Daytoner Abkommen vereinbart – die „Sonderbeziehungen“ zur Republika Srpska fortsetzen. Er wies aber darauf hin, daß die Frage einer Sezession der Republika Srpska von Bosnien-Herzegovina auf den Tisch käme, sollte Kosovo unabhängig werden.

95. Die internationale Gemeinschaft hat viel zum demokratischen Umschwung bei den Wahlen im Dezember 2000 beigetragen. Das westliche und insbesondere US-amerikanische Beharren auf dem Knüpfen der Hilfsleistungen an die Zusammenarbeit der jugoslawischen Behörden mit dem Internationalen Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien (ICTY) war nicht unumstritten. Einerseits spielten die USA eine positive Rolle durch die Androhung der Suspendierung einer 100-Millionen-\$-US-Hilfe, was schließlich Ende März/Anfang April in

* Die Türkei erkennt Mazedonien nur unter dem Verfassungsnamen an.

Serbien zur Verhaftung und Anklage Milosevics wegen Korruption geführt hat. Andererseits hat der US-Druck auf Jugoslawien, Milosevic im Austausch gegen die Teilnahme der USA an der Geber-Konferenz in Brüssel im Juni 2001 auszuliefern, widersprüchliche Folgen gehabt. Der serbische Ministerpräsident war gezwungen, die vom Jugoslawischen Verfassungsgericht verkündete Ablehnung eines Regierungsdekrets zur Auslieferung jugoslawischer Staatsbürger an Den Haag zu umgehen. Während die internationale Gemeinschaft zufrieden war, Milosevic in Den Haag hinter Gittern zu sehen, provozierte der Schritt den Austritt der montenegrinischen Minister aus der SNP, was zum Sturz der jugoslawischen Regierung führte und die föderalen Strukturen Jugoslawiens untergräbt. Präsident Kostunica wie auch weite Teile der jugoslawischen Bevölkerung waren gegen eine Auslieferung des früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic nach Den Haag. Selbst im Westen vertraten Viele den Standpunkt, daß die Serben die Möglichkeit haben sollten, Milosevic als erste vor Gericht zu stellen.

96. Eine genaue Untersuchung – unter sozialen, politischen und rechtlichen Gesichtspunkten – von Milosevics Rolle bei der Entscheidung zum Krieg und der Mittäterschaft seines Regimes bei Kriegsverbrechen ist eine essentielle Voraussetzung für eine wahrhaft radikale Transformation Jugoslawiens. Es bleibt dennoch die Gefahr, daß Milosevic und eine kleine Gruppe seiner Spießgesellen für alles Unrecht verantwortlich gemacht werden und so viele andere, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit involviert waren oder von diesen profitiert haben, ungestraft davonkommen. Die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg hat gezeigt, dass eine selbstkritische Analyse der nationalsozialistischen Verbrechen entscheidend war für die Stabilisierung der Demokratie und den Wiederaufbau der Gesellschaft. Der Druck der internationalen Gemeinschaft bei der Auslieferung Milosevics könnten gerade diesen Prozess erschweren, da viele Serben das Internationale Kriegsverbrechertribunal als antiserbisch wahrnehmen und dessen Urteile nicht akzeptieren könnten. Ministerpräsident Zoran Djindjic glaubt, daß „ein Prozess in Belgrad den Serben dabei hätte helfen können, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen“. Andererseits ist die Auslieferung Milosevics ein wichtiges Signal, daß die internationale Gemeinschaft es ernst meint mit der Verfolgung derjenigen, die für Greuelthaten verantwortlich gemacht werden. Ein positiver Schritt hin zur Sicherstellung, daß der ICTY als eine Institution wahrgenommen wird, die nach dem Prinzip der Gleichbehandlung funktioniert, war die Entscheidung der kroatischen Regierung vom Juli 2001, zwei mutmaßliche Kriegsverbrecher nach Den Haag auszuliefern.

Der Konflikt in Südserbien

97. Wie der Berichtstatter bereits in seinem Bericht vom November 2000 festgestellt hatte, brach ein gewaltsamer Konflikt Ende 2000 in Südserbien aus, als albanische Guerrilla-Truppen der "Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanovac" (UCPMB) Übergriffe von der fünf Kilometer breiten Pufferzone (der sogenannten "Grundsicherheitszone" - GSZ) entlang der serbischen Grenze zum Kosovo aus starteten. Die Angriffe auf die leichtbewaffnete serbische Polizei und Überfälle auf die serbische Zivilbevölkerung stiegen nach Dezember 2000 dramatisch an. Das Versagen der KFOR, die KLA zu entwaffnen und die Grenze vor allem im amerikanischen Sektor zu sichern, erleichterten die Übergriffe für die Rebellen, die den Großteil ihrer Waffen aus dem Kosovo erhielten. Noch immer kursiert das Gerücht, dass der CIA in dem Bestreben, den damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic zu unterminieren, noch bis zur ersten Hälfte des Jahres 2000 Trainingslager der UCPMB in der Grundsicherheitszone unterstützte, und dass die

Amerikaner auch nach der Absetzung Milosevics Waffenlieferungen über den amerikanischen KFOR-Sektor hineinließen.

98. Glücklicherweise konnte die serbische Regierung davon überzeugt werden, die Grundsicherheitszone zu respektieren und entsandte keine regulären Truppen zur Bekämpfung der Aufständischen, sondern entschloß sich zu einer Zusammenarbeit mit der NATO, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Der stellvertretende serbische Premierminister Covic legte einen in mehrere Phasen untergliederten Plan vor, der die Herbeiführung einer politischen Lösung zum Ziel hatte. In der ersten Phase wurde darauf abgezielt, den Dialog mit den politischen und auch den militärischen Vertretern der albanischen Minderheit einzuleiten. In der zweiten Phase, d.h. wenn die Gewalt zum Ende gekommen wäre, würden die serbischen Streitkräfte durch eine multiethnische Polizeitruppe ersetzt werden, in der sich auch Albaner befänden. In der dritten Phase würde der wirtschaftliche Wiederaufbau der Region einsetzen. Als Antwort auf diesen Plan stimmte der Nordatlantische Rat am 8. März 2001 der kontrollierten Rückkehr der serbischen Sicherheitskräfte in die Pufferzone sowie der progressiven Verringerung der Grundsicherheitszone zu. Auf dieser Grundlage wurde am 12. März 2001 ein von NATO-Vermittlern ausgehandelter Waffenstillstand mit der UCPMB vereinbart, serbische Truppen marschierten in die Grundsicherheitszone ein und die Verhandlungen begannen. Die serbischen Streitkräfte stießen nach ihrem Einmarsch in die Grundsicherheitszone auf keinen erheblichen Widerstand, die Lage in der Region hatte sich beruhigt. Mehr als die Hälfte der 11.000 Flüchtlinge sind in die Region zurückgekehrt. Die UCPMB wurde aufgelöst, und einige Kämpfer haben ihre Waffen abgegeben und sind in ihre Dörfer zurückgekehrt. Es hat jedoch den Anschein, dass viele Guerrillas, einfach in die benachbarte Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien gewechselt sind, als sie sich mit der jugoslawischen Armee konfrontiert sahen.

B. DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN

99. Die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien wurde lange als ein Modell für ein friedliches Zusammenleben in einer multiethnischen Gesellschaft angesehen. Parteien, die die albanische Minderheit vertraten, gehörten mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen an, auch der gegenwärtigen Regierung unter Premierminister Georgiewski. Einige ungelöste Fragen erschweren jedoch die friedliche Koexistenz zwischen den Slawen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und den Albanern. Die Albaner der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien möchten insbesondere, dass Albanisch als zweite Amtssprache der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien gleichberechtigt mit Mazedonisch anerkannt wird. Sie verlangen auch, dass die Präambel der Verfassung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien geändert wird und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien als einen Nationalstaat des mazedonischen und des albanischen Volkes definiert¹³. Die Slawen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien sind jedoch besorgt, dass die albanischen Forderungen nach Zweisprachigkeit und der Verfassungsänderung lediglich ein Vorspiel für eine Föderalisierung und letztlich eine Aufspaltung des Landes sind. Veränderungen bei den demographischen Daten, d.h. ein erwarteter starker Anstieg der albanischen Bevölkerung, die offiziellen Zahlen zufolge gegenwärtig ca. 25% der Bevölkerung ausmacht, scheinen die Lage noch zu erschweren.

¹³ Zur Zeit lautet die Verfassung wie folgt: "Mazedonien ist als ein Nationalstaat des mazedonischen Volkes konstituiert, in dem eine vollständige bürgerliche Gleichberechtigung und dauerhafte Koexistenz des makedonischen Volkes mit den Albanern, Türken, Walachen, Roma und anderen Minderheiten, die in der Republik Mazedonien leben, gesichert ist."

100. Seit Ende 2000 wurden die Polizei- und Sicherheitskräfte der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien von der bisher noch unbekanntenen „Nationalen Befreiungsarmee“ (NLA) angegriffen. Die Angriffe begannen in kleinen Dörfern im westlichen Teil der Ehemaligen Republik Mazedonien und verstärkten sich in den darauffolgenden Wochen; im März 2001 weiteten sie sich auf Tetovo und mehrere kleine Städte außerhalb der Hauptstadt Skopje im Juni und Juli aus. Anfängliche Berichte vermittelten widersprüchliche Informationen über die NLA, die von sich selbst behauptet, aus mehreren tausend Mann zu bestehen, während Regierungsbeamte der Ehemaligen Republik Mazedonien behaupteten, dass sich die NLA aus den Mitgliedern der ehemaligen KLA zusammensetze und nur mehrere hundert Kämpfer zähle. Die Rebellenführer behaupteten, dass ihr einziges Ziel eine Föderalisierung, nicht jedoch eine Zerstückelung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien sei, um die Rechte der albanischen Gemeinschaft zu verbessern. Die beiden wichtigsten ethnischen albanischen Parteien in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien verurteilten die Guerrilla-Angriffe, sie stimmen den Forderungen der Rebellen nach Gleichheit für die Albaner jedoch zu. Tatsächlich haben sie im Parlament seit Jahren mit wenig Erfolg gleiche Rechte gefordert. Es gibt immer mehr Beweise für eine ethnische Säuberung von seiten der Albaner, um die Slawen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien durch Einschüchterung, Schläge und Drohungen aus überwiegend albanischen Dörfern zu treiben.

101. Die Gegenoffensiven der Sicherheitskräfte der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien haben es nicht geschafft, die Aufständischen zu vertreiben, ihre Aktionen verstärkten jedoch nach und nach die Solidarität der albanischen Gemeinschaft mit den Guerrillas. Gleichzeitig gingen die Rufe nach einem entschlossenen Handeln mit einer wachsenden Unterstützung in der Bevölkerung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien einher. Mehrere aufeinander folgende Waffenstillstände, die von der NATO ausgehandelt wurden, sind gescheitert, und zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts scheinen die Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und die Albaner einem Kompromiss noch nicht nähergerückt zu sein.

102. Die Slawen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien haben sich zunehmend enttäuscht über die internationalen Friedensbemühungen gezeigt. Premierminister Ljubco Georgiewski wies den von den Sonderbeauftragten der USA und der EU ausgehandelten Vorschlagsentwurf zurück, der Albanisch zur zweiten Amtssprache machen würde. Er warf dem Westen vor, die albanischen Extremisten zu unterstützen, und sagte, den westlichen Vereinbarungsentwurf zu akzeptieren, würde "die Aufspaltung des Landes bedeuten."¹⁴ Die Slawen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien waren empört darüber, dass die NATO ca. 300 albanische Guerrillas aus ihren Stellungen in Aracinovo in der Nähe der Hauptstadt Skopje vertrieb und in die Berge entlang der Grenze zum Kosovo verlagerte, ihnen jedoch gestattete, ihre Waffen zu behalten.

103. Der Hohe Vertreter der EU, Javier Solana, und der Generalsekretär der NATO, Lord Robertson, wiesen die Anschuldigungen des Premierministers der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien entschieden zurück. Die Beamten von EU und NATO waren unnachgiebig in dem Punkt, dass es für die Guerrillas keinen Platz am Verhandlungstisch gäbe. Lord Robertson nannte die Guerrillas "einen Haufen Mörder, die sich in den Bergen verschanzt halten". Sowohl die EU als auch die USA verurteilten die Anwendung von Gewalt durch die NLA und waren bestrebt, den Kampfhandlungen ein Ende zu setzen. Präsident Bush verkündete ein Visumsverbot gegen mehrere Führer der NLA und drohte, die Mittel jeder Organisation zu beschlagnahmen, die die Aufständischen finanziert.

¹⁴ Peter Finn, "Peace Talks in Macedonia Appear to be Near Collapse", The Washington Post, 19. Juli 2001

Die EU folgte nach und erließ ihrerseits ein Visumsverbot, um die Extremisten zu isolieren. Gleichzeitig übte sie Druck auf die Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien aus, Konzessionen einzuräumen, damit die legitimen Ansprüche der albanischen Minderheit erfüllt und die Spannungen beseitigt würden.

104. Zur Zeit hat die NATO einen militärischen Eingriff jedweder Art in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien ausgeschlossen. Stattdessen beschlossen die Mitglieder der Allianz, eine 3000 Mann starke Streitkraft zu entsenden, die die Waffen der albanischen Guerrilla einsammeln soll, allerdings erst, nachdem eine politische Lösung für den Konflikt gefunden wurde. Einige westliche Militärs befürchten, dass die Streitkraft nicht stark genug sein könnte, um sich zur Wehr zu setzen, wenn sie von den albanischen Guerrillas angegriffen würde. Viele äußern sich skeptisch im Hinblick auf ein Engagement, solange die Mittel und Ziele einer Operation unklar sind oder die politischen Zielsetzungen unrealistisch erscheinen.

105. Beamte der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien haben die KFOR auch beschuldigt, da es ihr nicht gelungen ist, die Rebellen im Kosovo zu entwaffnen, sie davon abzuhalten, sich in der Grundsicherheitszone niederzulassen und ihr Einsickern in die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien zu verhindern. Als Lord Robertson im März 2001 eine Verstärkung der KFOR-Einheiten zur Sicherung der Grenzen forderte, gab es nur wenige positive Antworten von seiten der Mitgliedstaaten.

106. Die EU hat jedoch ihre Bereitschaft erklärt, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien wirtschaftlich zu helfen und am 9. April 2001 rasch ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) mit ihr unterzeichnet, das eine Freihandelszone zwischen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und der EU errichtet. Man hofft, dass dies dazu beitragen wird, die dringend benötigte wirtschaftliche Entwicklung in dem Land zu fördern und den Führern der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien einen Anreiz bieten wird, die schwierigsten politischen und wirtschaftlichen Reformen anzugehen.

107. Die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien befindet sich noch immer in der Krise und ist vom Krieg bedroht, da weder die ethnischen Führer der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien noch die ethnisch-albanischen Führer von einer "zivilen" Lösung überzeugt werden konnten, die die Demokratie durch eine Verbesserung der Bedingungen für die Minderheiten stärken würde, ohne die Integrität des Staates zu gefährden. Die Separatisten auf beiden Seiten haben ihre Überzeugung auch nicht aufgegeben, dass Sicherheit für ihre Gemeinschaften nur durch die Abgrenzung und somit den Kampf um ethnisch "reines" Gebiet zu erzielen ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts erscheinen die Möglichkeiten ernsthafter Fortschritte bei den Gesprächen nach fünf Monaten Kampf und gebrochener Waffenstillstände gering. Die ethnischen Führer der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien treffen gegenwärtig Vorbereitungen für eine Wiederaufnahme der politischen Gespräche auf der Grundlage eines wackligen Waffenstillstands; die internationale Gemeinschaft muss jedoch entscheiden, ob die drohende Gefahr eines voll zum Ausbruch gekommenen Bürgerkriegs die Entsendung einer starken Friedensschaffungsgruppe in die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien rechtfertigt, auch wenn noch keine politische Lösung erreicht wurde. Falls dies der Fall wäre, sollte erwogen werden, ob ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates oder der OSZE die Legitimität der Mission stärken und sie effektiver machen könnte. Eine Unterstützung Russlands erscheint wahrscheinlich.

108. Wenn keine Wege gefunden werden, um eine Eskalation der Kämpfe zu verhindern, könnte die Region erneut in einen blutigen Krieg gestürzt werden. Wenn die Grenzen der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien mit Gewalt verändert werden, hätte dies einen Domino-Effekt in einer Region, in der die Nationalisten noch immer Ambitionen im

Hinblick auf eigene Staaten auf einer ethnischen Grundlage hegen. Wenn die internationale Gemeinschaft dies zulässt, könnte es einen schweren Krieg zur Folge haben.

C. KOSOVO

109. Der Sieg der gemäßigten LDK von Ibrahim Rugova, die bei den Kommunalwahlen vom 28. Oktober 2000 58% der Stimmen gewann, war ein positives Signal; die Lage ist jedoch weiterhin sehr instabil. Angriffe der Albaner auf die serbische Minderheit sind weiterhin Routine, ebenso wie Konflikte der KFOR und UNMIK mit den Serben in Mitrovica. Die Frage des künftigen Status der von den Vereinten Nationen verwalteten Provinz Kosovo ist weiterhin ungelöst.

110. Nach seinem Besuch vom Dezember 2000 im Kosovo hat der Berichterstatter seine Haltung im Vergleich zum Vorjahresbericht in einem wichtigen Punkt geändert. Die Durchführung von Wahlen im gesamten Kosovo und die Schaffung von Einrichtungen für die Selbstverwaltung sind für die Stabilisierung der Lage von entscheidender Bedeutung. Im Mai 2001 gaben die Vereinten Nationen ihren Plan zur Durchführung allgemeiner Wahlen für eine gesetzgebende Versammlung für das Kosovo bekannt, die am 17. November 2001 stattfinden sollen. Die Versammlung wird Befugnisse auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Umwelt besitzen, während Steuern, Haushalt, Justiz und Polizei unter der Zuständigkeit der Vereinten Nationen verbleiben. Der Hauptverwalter der Vereinten Nationen besitzt auch die oberste exekutive Autorität und kann das Parlament auflösen. Obwohl der Plan den albanischen Forderungen nach einem Referendum über die Unabhängigkeit nicht gerecht wird, ließen die Führer der wichtigsten ethnisch-albanischen Parteien verlauten, dass sie den Plan der VN unterstützen würden. Die NATO und die Vereinten Nationen appellierten an die jugoslawische und die serbische Regierung, die Serben im Kosovo zu einer Teilnahme an den Wahlen zu überreden. Während der stellvertretende serbische Premierminister Nebosja Covic sich auf einer Sitzung mit NATO-Beamten am 18. Juli in Brüssel verpflichtete, eine serbische Beteiligung an den Wahlen im Kosovo zu fördern, sagte der serbische Premierminister Zoran Djindjic in einem Interview von *Radio Belgrad* am 21. Juli, er sehe wenig Aussichten, dass dies geschehen werde, sofern die VN-Verwaltung nicht die Sicherheit der im Kosovo lebenden Serben radikal verbessere. Bisher haben sich zwei serbische Parteien (DHSS und SPO) für die Wahlen eintragen lassen.

111. Die besorgniserregendste Tatsache ist jedoch, dass es den Vereinten Nationen nicht gelungen ist, ein wirksames Gerichts- und Haftsystem einzurichten. Den gegenwärtigen Bestimmungen zufolge können mutmaßliche Verbrecher nicht länger als 72 Stunden in Haft gehalten werden, da in den Gefängnissen im Kosovo nicht genug Platz ist. Außerdem hat der Mangel an Richtern zur Folge, dass die meisten Verdächtigen ohne jeden Prozess wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Dies stärkt zweifellos das Gefühl der Kriminellen für Straflosigkeit und trägt wenig zur Verbesserung der Gesetzesanwendung in der Provinz bei.

112. Es wäre jedoch ein Fehler zu glauben, dass die Wahlen im Kosovo die Lage in der Region automatisch stabilisieren würden. Der Aufstand der serbischen Guerrillas in Südserbien und in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien kann nicht allein durch den unsicheren Status des Kosovo erklärt werden. Um einer weiteren Destabilisierung in der Region wirksam zu begegnen, müssen alle Partner der Allianz bereit sein, sich zu einer langfristigen militärischen Präsenz im Kosovo zu verpflichten. Diskussionen über eventuelle Truppenverringerungen, vor allem der amerikanischen Einheiten, sind gegenwärtig sehr unangebracht. Sie setzen ein falsches Zeichen, nämlich dass Gewalt Aussichten auf Erfolg haben könnte.

D. MONTENEGRO

113. Die Parlamentswahlen vom 22. April 2001 endeten mit einem überraschenden Erfolg für Präsident Djukanovic. Die Parteien, die seinen Gang in die Unabhängigkeit unterstützten, erreichten nur eine knappe Mehrheit von 52%, während die projugoslawischen Parteien 40,7% der Stimmen erzielten. Dieses Patt auf nationaler Ebene veranlasste Präsident Djukanovic jedoch nicht dazu, seine Strategie neu zu überdenken. Er ist entschlossen, mit dem Unabhängigkeitsreferendum fortzufahren, das noch vor Juni 2002 stattfinden könnte.

114. Mit dem Regierungswechsel in Belgrad ist die Bedrohung verschwunden, dass Montenegros Streben nach Unabhängigkeit gewaltsam niedergeschlagen würde. Präsident Djukanovic sah jedoch auch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für sein Land schwinden. Er setzte daher frühzeitig alles daran, um bis zum Sommer 2001 die Unabhängigkeit zu erlangen. Angesichts dieser Umstände führten die ersten Kontakte Anfang des Jahres mit jugoslawischen Vertretern nicht zu ernsthaften Verhandlungen über die Gestaltung der künftigen Beziehungen, sondern lediglich zu einem Meinungs austausch. Präsident Kostunica stellt sich die Koexistenz zweier unabhängiger Republiken innerhalb eines föderal gegliederten Staates vor. Die Kompetenzen der Föderation wären auf Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschaft, Kommunikationsstrukturen und den Schutz der Grundrechte beschränkt. Montenegro erstrebt eine lockere Union zweier unabhängiger Staaten mit jeweils eigenen Sitzen in den Vereinten Nationen. Diese Union hätte gemeinsame Institutionen, wie beispielsweise eine gemeinsame Währung, und würde auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten. Bis auf die grundlegende Frage der Eigenstaatlichkeit wiesen die beiden Konzepte daher zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Die montenegrinische Haltung verlagerte sich jedoch im Juni 2001 auf offene Forderungen nach einem vollständig getrennten rechtlichen Status.

115. Montenegro hat das Recht, sich von der Bundesrepublik Jugoslawien zu trennen. Belgrad bestreitet diese Tatsache nicht. Es besteht lediglich darauf, dass die in der montenegrinischen Verfassung festgelegten Verfahren eingehalten werden. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung in einem freien und fairen Referendum für die Unabhängigkeit ist, muss dieser Beschluss von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament gestützt werden.¹⁵ Der Abspaltungsprozess muss vor allem so gestaltet sein, dass sichergestellt ist, dass Serbien und Montenegro als Nachbarstaaten auch in Zukunft wirksam zusammenarbeiten können, da sie in hohem Maße wirtschaftlich von einander abhängen.

116. Das Patt bei den Wahlen verdeutlicht die Spaltung bei den Montenegrinern, die entlang der Generationslinien auf fast gleiche Weise geteilter Meinung in Bezug auf die Unabhängigkeit sind. Junge Leute sind zumeist Wähler von Djukanovic und für die Unabhängigkeit, während die zugunsten einer Föderation eingestellten Wähler der SNP eher mittleren Alters oder ältere Bürger sind. Die proföderative Einstellung ist bei den jungen Leuten aufgrund der Vergangenheit der SNP, auf der Seite von Milosevic stand, diskreditiert. Inzwischen sind Anschuldigungen aufgekommen, dass Djukanovic Beziehungen zur kriminellen Unterwelt Montenegros gehabt habe, die dazu beigetragen hätten, dass Montenegro sich zu einem Lehen gewandelt habe, das auf dem Schmuggel von Zigaretten und Luxuswagen basiere.

117. Angesichts der gegenwärtigen Lage sollten die NATO-Mitgliedstaaten Montenegro und die Bundesrepublik Jugoslawien/Serbien dazu auffordern, die Verhandlungen über eine

¹⁵ Im Gegensatz zu diesen Bestimmungen sieht das Referendumsgesetz vom Februar 2001 vor, dass die Ergebnisse des Referendums verbindlich sein sollen. Internationale Krisengruppe, Montenegro: Settling for independence? Podgorica/Brüssel: ICG Balkans Report 109, 28. März 2001.

Umstrukturierung ihrer Beziehungen wieder aufzunehmen und diese Verhandlungen ernsthaft zu führen. Wenn sie es schaffen würden, zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, wäre dies ein Modell für die gesamte Region, da es beweisen würde, wie das Streben nach Unabhängigkeit auf friedliche Art und Weise gehandhabt werden kann. Unilaterale Maßnahmen von Seiten Montenegros könnten jedoch die Forderungen nach einer sofortigen Unabhängigkeit im Kosovo stärken und über das Kosovo nachteilige Auswirkungen auf die Lage in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina haben. Die internationale Gemeinschaft sollte außerdem berücksichtigen, dass Montenegros Haushaltsdefizit zur Zeit fast völlig von der EU gedeckt wird und dass im Falle einer Abspaltung von Serbien seine Wirtschaft noch stärker von westlichen Geldgebern abhängen würde.

V. Schlussfolgerungen

118. Mit dem Ende des Kalten Krieges gibt es keine klar identifizierbare gemeinsame Bedrohung mehr. Die transatlantische Agenda wird bestimmt von Regionalkonflikten sowie wirtschaftlichen, ökologischen und anderen globalen Problemen. Dabei treten unterschiedliche Bewertungen und Interessenkonflikte zu Tage, wenn es um die Reaktion der Allianz im Einzelfall geht. Das erfordert eine Intensivierung des transatlantischen Dialoges, damit davon nicht die gemeinsame Werteordnung sowie das gemeinsame Interesse an Streitschlichtungsmechanismen und internationaler Sicherheit überdeckt wird.

1. Zur Entwicklung der ESVP

119. Die Bemühungen der EU um die Fähigkeit zu eigenständigem Krisenmanagement zielen auf eine gleichgewichtigere transatlantische Partnerschaft.

120. Die ESVP bietet die Chance, ziviles, politisches und militärisches Krisenmanagement und Prävention zu verbinden. Insbesondere die Instrumente ziviler Prävention bilden eine Ergänzung der NATO-Kapazitäten.

121. Die Glaubwürdigkeit der Bemühungen um eine Stärkung der Allianz hängt davon ab, dass die EU die zivilen und militärischen „European Headline Goals“ bis zum Jahr 2003 erfüllt.

122. Konkrete Vorschläge für ein Rahmenabkommen EU-NATO und zur Teilnahme und Konsultation der europäischen Partner liegen vor. Die EU ist sogar noch über die Vorschläge vom Dezember 2000 hinausgegangen und bietet den Alliierten weitgehende Partizipation an. Eine weitere Blockade durch die Türkei beschwört eine unnötige Duplizierung von Kapazitäten herauf. Im Sinne transatlantischer Kooperation gälte es diese Gefahr abzuwenden.

2. Zu den Perspektiven einer NATO-Erweiterung

123. Die Öffnung des Bündnisses ist ein zentrales Anliegen der gemeinsamen Bemühungen um Sicherheit und Stabilität in Europa.

124. Falls der Reformprozeß fortgesetzt wird, sollten Slowenien, die Slowakei, Estland, Lettland und Litauen Ende 2002 eingeladen werden, mit Verhandlungen über den Beitritt zu beginnen.

125. In Prag soll das Bündnis ein Datum für die nächste Erweiterungsrunde noch vor 2005 festlegen, um zu diesem Zeitpunkt erneut den Vorbereitungsstand der Kandidaten zu

überprüfen. Das würde auch denjenigen Staaten, die in der zweiten Runde nicht zum Zuge kommen, einen klaren Rahmen für die Ausrichtung des zukünftigen Reformprozesses bieten.

126. Es sollte ein gemeinsamer Rahmen für die Erweiterungsprozesse von NATO und EU geschaffen werden. Die NATO sollte verbindlich erklären, dass allen EU-Mitgliedern der Weg ins Bündnis offen steht, wenn sie dies wünschen und auch die militärischen Kriterien erfüllen. Die NATO sollte betonen, dass sie Aufnahmeanträge aus diesem Kreise besonders begrüßen würde.

127. Gleichzeitig sollte Rußland eine umfassende Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen angeboten werden. Eine besonnene russische Regierung wird ein solches Angebot akzeptieren und es zum Nutzen der russischen Sicherheit einzusetzen wissen. Darüber hinaus sollte die Unterstützung der Wirtschaftsreformen – beispielsweise des Energiesektors – zentrale Bedeutung haben, weil sie zur innenpolitischen Stabilisierung beiträgt, welche die oberste Priorität der russischen Regierung bildet.

128. Im Kontext der Erweiterung sollte die NATO eine weitere einseitige Reduktion der KSE (CFE)-Obergrenzen anbieten, um zu zeigen, dass es dabei nicht um eine Veränderung der Streitkräftepotentiale geht. Auch die freiwillige Ankündigung von Truppenverlagerungen und Übungen unterhalb der Schwellenwerte könnte vertrauensbildend wirken und helfen, die Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung durch Belarus und Rußland zu korrigieren.

3. Zu den Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage in Südosteuropa

129. Die Entschärfung des Konflikts in Südserbien bietet ein erfolgreiches Beispiel transatlantischer Kooperation beim Krisenmanagement. Die NATO hat die militärische Absicherung des Abkommens übernommen, während die EU Unterstützung bei der Finanzierung des Wiederaufbaus und der Ausbildung der Polizei anbot. In Mazedonien gehen NATO und EU ähnlich koordiniert vor, sehen sich aber mit größeren Widerständen konfrontiert.

130. Mazedonien wirft die Frage auf, wie die internationale Gemeinschaft bei asymmetrischen Konflikten effektiv Druck auf bewaffnete Oppositionsgruppen ausüben kann, um sie zu einer friedlichen Streitbeilegung zu bewegen. Gegenüber einer legitimen Regierung verfügen NATO und EU dagegen über eine Reihe diplomatischer, finanzieller und anderer Sanktionen. Dieses Dilemma führt in Mazedonien zu dem falschen Eindruck einer Parteinahme zugunsten der albanischen Minderheit bzw. sogar der Guerrilla.

131. Wenn die territoriale Integrität Mazedoniens durch gewalttätige Extremisten akut gefährdet wird, sollte die NATO bereit sein, Streitkräfte zu entsenden, um die Kämpfe zu beenden. Dieses sollte die Allianz klar signalisieren. Ein dauerhafter Waffenstillstand erscheint in weiter Ferne. Die dem Beschluß des NATO-Rates vom 20. Juni 2001 zugrundeliegende Mission, nur die Entwaffnung albanischer Rebellen zu überwachen, erscheint unrealistisch.

132. Die Auslieferung Milosevics an den Internationalen Strafgerichtshof (ICTY) in Den Haag Ende Juni 2001 stellt einen Meilenstein bei der Durchsetzung internationalen Rechts dar. Die Entscheidung der demokratischen Regierung Serbiens hat auch Kroatien und die Führung der Republik Srpska dazu veranlaßt, die Auslieferung potentieller Kriegsverbrecher zu forcieren. Um die Kooperationsbereiten zu stärken, gilt es die demokratische Regierung der BRJ entsprechend früherer Zusagen nun schnell in ihren Bemühungen um Wiederaufbau, wirtschaftliche Stabilisierung und Reformen zu unterstützen.

AU 213
PC (01) 5

133. Auch in den anderen Staaten der Region gilt es die wirtschaftlichen Lage zu verbessern und den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer nachhaltigeren Unterstützung des Stabilitätspaktes.